

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 86

MAI 1991

50 Pfennig

Deutsche/polnische Spartakisten bei Feier zum 8. Mai Rote Armee zerschlug Nazi-Regime

Am 5. Mai führten die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und die Spartakusowska Grupa Polski (SGP) eine Veranstaltung durch zum Thema: „Die Rote Armee zerschlug das Naziregime! Für Arbeitermobilisierung gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus!“ Die Veranstaltung zur Feier des Sieges der Roten Armee in Deutschland am 8. Mai 1945 fand im Klub der Kaserne eines sowjetischen Armeestützpunktes südlich von Berlin statt. Die Trotzlisten von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) sprachen dort vor 300 sowjetischen Offizieren und Unteroffizieren. Nach den Referaten von Renate Dahlhaus von der SpAD und einem Genossen der SPG gab es eine Diskussion.

An der Veranstaltung nahmen auch einige kurdische Freunde und ein Vietnameser teil, der als Soldat in Saigon gegen den US-Imperialismus gekämpft hatte und der zusammen mit vietnamesischen Arbeitskollegen vor
Fortgesetzt auf Seite 14



Yevgeni Khaldei

1945: Sowjetische Soldaten in Wien. Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger starben im Kampf gegen Hitler-Faschismus

Deutsche, kurdische Linke flehen Deutsches Reich an NATO-Blauhelme bauen KZs für Kurden

Unter dem Feigenblatt von UN-Sanktionen machten die US/NATO-Imperialisten mobil für den Massenmord am Golf. Zunächst bombardierten sie den Irak zurück ins Mittelalter, als Bush seine „Neue Weltordnung“ mit den Leichen der irakischen Bevölkerung pflasterte. Dann verleiteten sie die Kurden im Norden und die Schiiten im Süden zu einem Aufstand, der zu einem blutigen Rachefeldzug gegen die Aufständischen führte (siehe *Spartakist* Nr. 85, April). Genausowenig wie die USA wollen deren NATO-Verbündete, vor allem das wiedervereinigte Vierte Reich oder Özals Türkei, ein unabhängiges Kurdistan oder auch nur eine „autonome“ kurdische Region innerhalb des Irak, die die von den Imperialisten auferlegte „regionale Stabilität“ des Nahen Ostens stören würde.

Von den vier Millionen Kurden im Irak wurden mehr als zwei Millionen ins Exil getrieben, von denen eine Million in den Iran flüchteten und schätzungsweise 700 000 im Grenzgebiet zwischen dem Nordirak und der Türkei hängenblieben. Etwa die Hälfte, so wird ge-

schätzt, sind kleine Kinder. Flüchtlingshelfer berichten, daß jeden Tag einige hundert, vielleicht tausend Flüchtlinge sterben, und diese Zahl wird sich dramatisch erhöhen, wenn Masern, Cholera und andere Seuchen um sich greifen. Die Fernsehnachrichten zeigen täglich Bilder von Müttern, die ihre Kinder in flache Gräber betten. Was die Medien immer noch nicht zeigen, ist die grauenhafte Verwüstung, die über die 17-Millionen-Bevölkerung des Irak gebracht worden ist – durch die *Terrorbombardierung der USA und NATO*. Im ganzen Land ist die Bevölkerung von Hungersnot und Epidemien bedroht.

Die „Neue Weltordnung“ ergreift Kurdistan

Die Internationale Kommunistische Liga und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfen für wirkliche Selbstbestimmung der Kurden. Der Kampf für die nationale Befreiung dieses unterdrückten Volkes muß antiimperialistisch, proletarisch-revolutionär und internationalistisch sein. Die Grenzen, die der Imperialismus

Fortgesetzt auf Seite 17

Faschisten verprügeln Polen, sie wollen neues Auschwitz

Arbeiter: Mobilisiert jetzt!

Stoppt die Nazi-Angriffe!

Wir drucken hier eine Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) ab, die am 1. Mai in Berlin, Hamburg und Halle verteilt und an Gewerkschafter gegeben wurde. Das KfsV engagiert sich für die Verteidigung von Fällen und Anliegen im Gesamtinteresse der arbeitenden Massen.

Die Angriffe von Deutsch-Nationalen, Hitler-Anhängern und ähnlichem Abschaum auf polnische Besucher empören die Arbeiter in ganz Deutschland und Polen. Auf der Leipziger Montagsdemo am 8. April verurteilten die Arbeiter scharf die Angriffe an der polnischen Grenze, und ein Faschist wurde gestoppt, als er seinen Dreck loswerden wollte. Als der mosambikanische Arbeiter Jorge Gomondai von rassistischen Skinheads in Dresden ermordet wurde, kamen Tausende zu einem Trauermarsch, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Jetzt ist die Zeit, daß die Gewerkschaften, die Massenorganisationen der Arbeiterbewegung, gemeinsam mit ihren antifaschistischen Verbündeten diesen faschistischen Dreck wegfeigen, denn kleine antifaschistische Gruppen allein können den rassistischen Terror nicht stoppen. Das KfsV und die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands rufen auf zu Einheitsfrontaktionen, um die Nazis jetzt zu stoppen!

Diese Nazi-Angriffe finden nicht in einem Vakuum statt. Der „Fall“ der deutsch-polnischen Grenze hat wenig zu tun mit Reisefreiheit und viel zu tun mit der „Freiheit“, Polen in eine wirtschaftliche Kolonie der EG unter der Vorherrschaft der D-Mark zu verwandeln. Die polnischen Stalinisten haben ihr Land an die Frankfurter Banken verpfändet und die Honecker-Nachfolger haben ihres an die Bourgeoisie von Auschwitz verschenkt. Das Vierte Reich der deutschen Kapitalisten hat die ehemalige DDR verwüstet. Unter der Solidarność-Regierung hat die „Schockbehandlung“ des IWF eine rapide Verelendung mit sich gebracht, und in Ostdeutschland werden Millionen Arbeiter auf die Straße geworfen. Antisemitismus, Chauvinismus und rassistischer Terror nehmen in dem Maße dramatisch zu, wie sich auf beiden Seiten der Gren-

ze die Lebensverhältnisse drastisch verschlechtern. Die Rote Armee, die Hitlers Reich zerschlagen hat, sieht sich jetzt täglich antisowjetischen und faschistischen Angriffen ausgesetzt. In Polen und in der BRD gehen Kirche und Staat gegen Abtreibungsrechte und gegen Einrichtungen der Kinderversorgung vor.

Mit dem Aufheben der antipolnischen Visa-Einschränkungen am 8. April hat die deutsche Bourgeoisie wieder einmal ein großes Geschrei über eine drohende „Einreisewelle“ von Millionen „Schwarzhändlern“, „Schiebern“ und „Schmugglern“ aus Polen angezettelt. Der Innensenator des Berliner CDU/SPD-Senats Heckelmann kündigte als Sofortmaßnahmen gegen den „polnischen Ansturm“ mobile polizeiliche Eingreiftruppen, Park- und Halteverbotschilder und verlängerte Bürozeiten des Landeseinwohneramtes zwecks Ausweisung an. Vor Ostern hat der Berliner Senat mit der Kohl-Regierung arrangiert, daß polnische Bürger bei Ausweisung einen entsprechenden Vermerk in ihren Paß bekommen, damit sie nicht zurückkommen können.

Aber der „Ansturm“ fand gar nicht statt. Viele Polen können es sich nicht mehr leisten, eine Reise nach Deutschland zu machen, viele sind eingeschüchtert durch den offiziellen staatlichen Rassismus in Verbindung mit faschistischem Terror. Die Nazis hatten schon Wochen vorher angekündigt, daß sie polnische Besucher angreifen würden. Viele waren darüber empört, daß die Polizei es zuließ, daß bewaffnete faschistische Schlägerbanden in den Straßen von Frankfurt/Oder, Guben, Görlitz und anderen Grenzstädten Nacht für Nacht stundenlang wüten konnten, und erst eingriff, nachdem Besucher zusammengeschlagen und beschossen worden waren. Die anhaltenden Angriffe haben sogar zu Regierungsprotesten aus Warschau geführt. Aber die faschistischen Schocktruppen des deutschen Revanchismus haben grünes Licht aus Bonn und Berlin.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist heute höher als am Vorabend von Hitlers Machtergreifung. Wenn das mächtige deutsche Proletariat die Nazis zerschlagen hätte, als sie noch klein waren, dann hätte es Auschwitz und das Unternehmen Barbarossa nicht gegeben. In Grenzstädten wie Eisenhüttenstadt, Cottbus und Frankfurt/Oder arbeiten polnische und deutsche Arbeiter Seite an Seite, und ihnen allen droht Verelendung und rassistischer Terror. Aber die katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Restauration sind schon auf verzweifeltem Widerstand der Arbeiterklasse auf beiden Seiten der Oder gestoßen, auf Großdemonstrationen, Streiks und militante Betriebsbesetzungen. Und im Land der Oktoberrevolution, wo im Augenblick Millionen sowjetische Arbeiter im Streik sind, stellt sich ganz direkt die Alternative: kapitalistische Konterrevolution oder proletarische politische Revolution.

Jetzt müssen die Arbeiter der IG Metall, der IG Bergbau, die Textilarbeiterinnen, Reichsbahner und die anderen mächtigen Gewerkschaften alle Feinde des rassistischen Terrors in Einheitsfrontaktionen zusammenbringen, deren Kern die Macht der organisierten Arbeiterbewegung ist, um die Faschisten jetzt zu stoppen.

Kontaktiert das Komitee für soziale Verteidigung, c/o B. Fiedler, Postfach 11 17 48, 2000 Hamburg 11. ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endrweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (16 Ausgaben) DM 10,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ



Spartakist

Leipzig, 27. Februar; Hamburger Werftbesetzung 1983. Frauen und Immigranten: Vorkämpfer im Klassenkampf



Stoppt die Massenverelendung! Arbeiter in West und Ost: Setzt eure Macht ein!

In Deutschland häufen sich soziale Spannungen und Krisenzeichen, in Ost und West, unten bei den Beherrschten, aber auch oben bei den Herrschern. Was letzten Oktober noch als Erfüllung des nationalen Schicksals gefeiert wurde, die kapitalistische Wiedervereinigung,

DGB/SPD-Bürokraten wollen Arbeiter lähmen

und dann bei der Reichstagswahl im Dezember Nachhall fand, wird jetzt als risikoreiches Wagnis gesehen. Zwischen Elbe und Oder breitet sich Massenarbeitslosigkeit aus und eine explosive Mischung von Kampfbereitschaft, Verzweiflung, Wut. Zehntausende Arbeiter waren bei den wiederaufgeblühten Leipziger Montagsdemos im März und April, aber gleichzeitig greifen mörderische Faschisten polnische Besucher, Immigranten und sowjetische Soldaten an. Im Westen verliert der ehemalige Siegeskanzler eine Landtagswahl nach der anderen (wie gerade in seinem Heimatland Rheinland-Pfalz, wo zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten sozialdemokratisch gewählt wurde), während Hunderttausende sich an Warnstreiks beteiligten.

Überall wird Helmut Kohl als „Lügenkanzler“ beschimpft. „Wohlstandslüge“ heißt es in der ehemaligen DDR, „Steuerlüge“ in der alten BRD. Am 11. Mai machte er noch ein betrügerisches Versprechen: das Chemie-Dreieck von Sachsen-Anhalt solle als Industriestandort erhalten bleiben. Aber nur ein paar Tage davor war bekannt geworden, daß die Treuhandanstalt hier den „Abbau“ von 104 000 ehemaligen Arbeitsplätzen auf knapp 13 000 vorsieht! Die Bonner Politiker haben ihre Fernsehauftritte gerade bei den Großbetrieben inszeniert wie in Buna und dem Bitterfelder Werk, die sie planie-

ren wollen. Aber am Marktplatz von Halle hat Kohl die Empörung seiner Opfer hautnah verspürt. Nachdem er mit Eiern und Tomaten bombardiert worden war, während Jugendliche und Rentner versuchten, des Kanzlers Kleider zu zerfetzen, rastete der Zweizentner-Rowdykanzler völlig aus und versuchte vergeblich, seine Untertanen zu verprügeln. Und als er sich dann nach zweistündiger Geheimberatung mit dem Stadtrat aus einer Hintertür des Rathauses davonstehlen wollte, schlugen die Bullen auf die Demonstranten los.

„Auf dem Markt ‚kochte‘ die Szene“, schrieb die *Mitteldeutsche Zeitung* (11. Mai). Aber nicht nur dort. Drei Tage vorher zogen 2500 Arbeiter der Neptun-Werft, die mit der „Zusammenlegung“ mit der Warnow-Werft mit dem Aus bedroht sind, gegen angekündigte Massenentlassungen auf die Straße. Auch im Westen wirkt sich der wirtschaftliche Angriffszug des Kapitals aus. Wirtschaftsminister Möllemann hat die Katze aus dem Sack gelassen: auch im Ruhrgebiet soll es Massenentlassungen geben. Die Möglichkeit für vereinten Klassenkampf in Ost und West liegt auf der Hand. So traten Anfang Mai die Arbeiter bei Blohm & Voss in Hamburg in Warnstreik, gerade in dem Betrieb, der die Aufträge der Neptun-Werft übernehmen will.

Heute wird von einer möglichen „Großen Koalition“ geredet, die der Bourgeoisie die Vernichtungsarbeit erleichtern soll. Aber die Große Koalition existiert schon: in der Treuhand, deren erste zwei Vorsitzende (Gohlke, dann Rohwedder) SPD-Mitglieder waren. Während Vogel und Lafontaine mit Kohl am „Runden Tisch“ plaudern, sitzt DGB-Vorsitzender Meyer im Treuhand-Verwaltungsrat. IG-Metall-Chef Steinkühler predigt effektivere „Sanierung“ der Betriebe durch eine „Industrie-Holding“ und notfalls Verstaatlichungen wie in

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Arbeiter West und Ost...

Fortsetzung von Seite 3

England. Unnötig: die Treuhand ist schon die größte staatliche Holding der kapitalistischen Welt. Aber dieser Staat und seine Behörden dienen ausschließlich den Interessen des Kapitals. So „verwalteten“ SPD und DGB auch im Westen jahrzehntelang Massenentlassungen – von der Saar über das Ruhrgebiet bis zur Wasserkante. Diese Handlanger des Kapitals waren auch die Vorreiter der kapitalistischen Konterrevolution, und sie sind noch immer die eifrigsten antikommunistischen Hexenjäger.

In dieser widersprüchlichen nach-konterrevolutionären Situation gibt es große Gefahren für die Werktätigen, die sich in der Defensive befinden, aber auch wichtige Möglichkeiten, sich zu wehren. Die deutsche Bourgeoisie ist international in einer Position der Stärke, doch zu Hause ist sie gelähmt durch die Wirtschaftskrise, die sie selber ausgelöst hat. Die deutsche Arbeiterklasse hingegen besitzt eine unermeßliche Kraft, wenn sie nun auf die Beine kommt. Die massiven Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, die faschistischen Überfälle, die Hexenjagd gegen „Rote“ und der Feldzug gegen die Frauenrechte können durch gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West zurückgeschlagen werden. Haupthindernis dazu ist das offensichtliche Führungsvakuum der Arbeiterklasse *im Kampfe*. Die dringend notwendige klassenkämpferische Führung zu schmieden, dies hat sich die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands als Aufgabe gestellt.

Die Schlüsselfrage der proletarischen Führung stellt sich jetzt unmittelbar. Auf der Leipziger Demonstration am 8. April erlebten die Anwesenden einen heißen politischen Kampf zwischen den Spartakisten und den IGM-Bürokraten. Als die SpAD zu „Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Entlassungen“ aufrief, antwortete der Lautsprecher der IG Metall: „Bleibt auf dem Teppich, Kollegen. Wir können nicht streiken.“ Als wir riefen: „Eins, zwei, drei, vier – keinen Kohl und Treuhand hier! Fünf, sechs, sieben, acht – Arbeiter an die Macht!“ erwiderte der Steinkühler-Wagen: „Die Arbeiter wollen keine Macht, sondern Arbeit.“ Aber genau darum geht es. Um Arbeit und eine würdige Existenz zu sichern, müssen die Werktätigen um die Staatsmacht kämpfen – wie das SpAD-Banner sagte: „Räumt die Treuhand/Kohl-Regierung weg – Die Betriebe in Arbeiterhand!“

Krise der proletarischen Führung

Nichts fürchten die DGB-Bonzen so sehr wie die Einheit der ost- und westdeutschen Arbeiter *im Kampf*. Deshalb *sabotieren* sie zielbewußt die eigenen Mobilisierungen. Daher war in letzter Zeit keiner mehr daran interessiert, bei einem neuen „DGB-Ritual“ im Kreis herumzumarschieren und das Geschwätz der Bonzen anzuhören. Nachdem die Leipziger Demos im April abflauten, mobilisierte die IG Metall am 17. April in Berlin nur 35 000 Metalller, einen Bruchteil dessen, was angekündigt war. Und am 1. Mai blieb man im ganzen Land lieber zu Hause. Doch die Arbeiter wollen kämpfen, und trotz wiederholten Ausverkaufs, zuerst durch die Stalinisten und dann durch die Sozialdemokraten, haben die ostdeutschen Arbeiter in den ersten Reihen gestanden. So waren es am 17. April bei VW Wolfsburg Kollegen aus dem Osten, die dafür sorgten, daß von dort Busse zur Berliner IG-Metall-Demo führen.

Die Tarifrunde in der Metallindustrie konnten die IG-

Metall-Bürokraten kaum schnell genug drosseln. Bei den ersten Warnstreiks am 2. Mai gingen in vielen Betrieben 90 bis 100 Prozent der gesamten Belegschaft auf die Straße – weit mehr als nur die IGM-Mitglieder. Daraufhin wurden die meisten der für den nächsten Tag geplanten Warnstreiks gestrichen. Bald war alles vorbei, fast bevor es angefangen hatte. Die Metalller-Chefs feierten den Abschluß von 6,7 Prozent mehr Lohn als einen „Erfolg“, weil er „ohne einen langen Arbeitskampf“ durchging.

Kohl und Konsorten sind zwar in ganz Deutschland zutiefst diskreditiert. Auch im Westen hat sich die Stimmung unter den Arbeitern nach links verschoben, obwohl sie dort größtenteils immer noch unter dem Einfluß der SPD stehen. Im Osten jedoch, wo die Stimmung äußerst gereizt ist, sind die SPD und ihre PDS-Handlanger sehr schnell dabei, Kämpfe auszuverkaufen. Doch haben SPD und DGB sehr wenig Glück gehabt beim Ausbau einer sozialdemokratischen Basis und eines Organisationsrahmens. Weil den Arbeitern die DGB-Spitzen und ihre kapitalistische Politik zum Halse heraushängen, kehren viele den Gewerkschaften selbst den Rücken.

Gleichzeitig aber stoßen wir Trotzkiten auf großes Interesse an unserer revolutionären Politik. Die Arbeiter haben auch viele Fragen. Wir bieten kein betrügerisches Patentrezept an, um nach den Regeln des Kapitalismus die Betriebe zu sanieren. Um die Arbeitsplätze zu verteidigen, bieten wir ein *Kampfprogramm* an. Und zwar nicht nur für das Gebiet der ehemaligen DDR. Die Auswirkungen von kämpferischen Betriebsbesetzungen und Massenstreiks in Deutschland werden sofort nach Polen und in die Sowjetunion übergreifen.

Kämpfen, ja, aber wie?

Die Lüge, die „Marktwirtschaft“ (Kapitalismus) werde Wohlstand mit sich bringen, ist schon auf bitterste Weise enthüllt. „1991 wird der Tiefpunkt sein“, „wir haben schon die Talsohle erreicht“, „man muß durch ein Tal der Tränen gehen“ – wer glaubt noch dran? Und jeder weiß, daß die ostdeutschen Betriebe nicht nur aus Konkurrenzgründen stillgelegt werden, sondern auch, um alles auszurotten, was an den ehemaligen ostdeutschen (bürokratisch deformierten) Arbeiterstaat erinnert.

Als ein „Argument“ gegen den Kampf kommt die Resignation: Was kann man eigentlich tun, es ist halt alles pleite. Aber es geht nicht darum, sich den Spielregeln des Kapitalismus zu fügen. So wird alles verloren gehen. Es handelt sich darum, einen *politischen* Kampf zu führen, nach der Definition Lenins, daß die Politik der konzentrierte Ausdruck der Wirtschaft ist. In diesem Kampf muß die Arbeiterklasse in erster Linie ihre tatsächliche Macht mobilisieren.

Für Betriebsbesetzungen und Massenstreiks gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen! Dies hat die SpAD immer wieder betont. Und dann? Wenn die Leuna- oder Buna-Arbeiter das Werk besetzen, um Entlassungen zu verhindern – würden Treuhand und Bonner Politiker nicht ruhig zusehen, weil sie nichts verlieren und sich noch die Subventionen ersparen? So mögen sie denken im Haus der Ministerien, aber solch eine Betriebsbesetzung wird schlagartig die Aufmerksamkeit und Sympathie der ganzen deutschen Arbeiterklasse wecken. Und man kann auch mit aktiver Solidarität rechnen, *immer wenn man versucht, sie zu mobilisieren und zum gemeinsamen Kampf aufzurufen*. Wenn z. B. eine Delegation zu

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

BASF in Kohls Heimatstadt Ludwigshafen geschickt wird, und die Arbeiter dort in den Streik treten zusammen mit ihren ostdeutschen Kollegen, würde das einen enormen Druck ausüben, auf die Profite der Konzerne wie auch auf das Handeln der konzerneigenen Politiker.

Unmöglich? Unsinn. Als die Reichsbahner im Dezember streikten, hat die SpAD zur Ausweitung des Streiks auf die Bundesbahn aufgerufen. Beim Verteilen in Hamburg stieß unser Flugblatt auf großes Interesse. Und tatsächlich haben dort zwei Abteilungen in Solidarität die Arbeit niedergelegt (was die Führer der GdED und die Eisenbahn-Bosse aufs äußerste entsetzte). Und schauen wir uns die Lage bei den Häfen an. Wenn die Treuhand versucht, die Arbeiter der Neptun- und Warnow-Werft auf die Straße zu setzen, so wie sie es mit den Autoarbeitern von Eisenach gemacht hat, müssen sofort Delegationen an alle Ostsee- und Nordseehäfen geschickt werden, von Stralsund bis Bremerhaven, um zu gemeinsamen Streikaktionen aufzufordern. Konkret sollten zwischen Hamburg und Rostock schon jetzt die Verbindungen zu Blohm & Voss etabliert werden.

Um eine kräftige politische Streikaktion führen zu können, muß man in die Offensive gehen. Die aktive Teilnahme aller ehemaligen Mitarbeiter des Kombinats ist notwendig – alle Kurzarbeiter und Arbeitslosen müssen zurückgerufen werden. Nicht nur der eigene Betrieb muß besetzt werden, sondern Massenarbeitermärsche müssen organisiert werden, und Massenstreiks mit Hilfe der benachbarten und verwandten Betriebe. Breite Schichten können durch Unterstützungsmaßnahmen (gemeinsame Küche, Geldsammlungen) in den Kampf hineingezogen werden. Man muß auch den Gegner im eigenen Lager angreifen: nicht die Treuhand „demokratisieren“ (PDS) oder unter vermeintliche „Arbeiterkontrolle“ stellen (wie es diverse Pseudolinke wollen), sondern sie stürmen und dann die Geschäftsbücher offenlegen, um damit die skandalöse „Untreue“ und die „Seilschaften“ dieser Vernichtungsbehörde des Kapitals zu beweisen.

Um die Arbeitslosen anzusprechen, muß die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände gefordert werden, bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Ost und West, Männer und Frauen, eingewanderte und einheimische Arbeiter. Um dies praktisch durchzuführen, müssen die Arbeiter ein gewerkschaftliches Einstellungsbüro verlangen und durchsetzen. Natürlich kann dies der Bourgeoisie nur durch erbitterten Kampf abgerungen werden, die ganz gut versteht, daß solche Errungenschaften nicht den „Gesetzen“ des Marktes entsprechen und daher eine echte sozialistische Planwirtschaft erfordern. Und wir brauchen dazu ein Programm öffentlicher Arbeiten, auf Basis des höchsten gewerkschaftlich vereinbarten Lohnniveaus. Während die Regierung mit Zehntausenden von Entlassungen bei Post und Bahn droht, wird die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung damit einverstanden sein, daß sofort massive Verbesserungen beim Transport- und Fernmeldewesen notwendig sind.

Lest das neue Bulletin:

**Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen
Von Gehässigkeit zur Provokation**

Was Opponenten über die Spartakisten schreiben
Mit Texten von BSA, Gruppe Spartakus und einem
Sprecher des Vereinigten Sekretariats in Kanada

DM 2,- (16 Seiten)

Bestellt über Redaktionsadresse

In den Worten Lenins muß die revolutionäre Partei auch Volkstribun sein und sich für alle Unterdrückten einsetzen. Das heißt, aktiv für die Verteidigung der eingewanderten Kollegen gegen die zunehmenden mörderischen faschistischen Angriffe zu kämpfen. Die SpAD hat diese internationalistische Pflicht immer wieder betont und versucht, sie in die Tat umzusetzen.

Auch muß die Arbeiterbewegung besonders die Frauen verteidigen, die als erste von Entlassungen betroffen sind. Die entsetzliche Lage der Lohnsklavinnen aus Thüringen und Sachsen, die jeden Tag Hunderte von Kilometern für einen Hungerlohn bei Quelle zurücklegen, und sich dafür um Schlaf und Gesundheit bringen, sollte zum Kampftema für die Arbeiterklasse in ganz Deutschland werden. Um die werktätigen Frauen davor zu bewahren, aus dem öffentlichen Leben getrieben zu werden, müssen die kostenlosen Kinderkrippen verteidigt werden, und wo sie schon „abgewickelt“ sind, verlangen wir ihre Wiedereröffnung. Ohne solche Einrichtungen wird es z. B. für alleinerziehende Mütter unmöglich sein, auszukommen. Mit einer unglaublich frechen Kampagne gegen „Krankfeiern“ haben die Kapitalisten jetzt selbst das elementare Recht auf Lohnfortzahlung bei Krankheit aufs Korn genommen, gleichzeitig werden die Polikliniken vernichtet. Kostenlose Abtreibung auf Wunsch, als Teil einer umfassenden, qualifizierten und kostenlosen medizinischen Versorgung für alle, ist ein Grundrecht für die Frau, zu der die Arbeiterbewegung stehen muß.

Hier geht es nicht um Teilkämpfe, sondern um den Erhalt des ostdeutschen Proletariats überhaupt, in erster Linie um die Opfer von besonderer Unterdrückung. Einer der positiven Werte, die sich die Werktätigen der ehemaligen DDR angeeignet haben, ist ein empfindliches Verständnis von Gleichheit und Gerechtigkeit. So traten in letzter Zeit beim Westberliner Betrieb Bosch-Siemens ehemalige DDR-Arbeiter dafür ein, die Fließbandgeschwindigkeit zu vermindern, weil sie für die (meist türkischen) Frauen schädlich war. Die Kollegen meinten, es gäbe jetzt Demokratie, und man könnte sagen was man will. Was es aber gibt, ist Kapitalismus, und für ihr aufrechtes Bemühen sind sie gnadenlos entlassen worden!

Das Grundsätzliche jedoch bleibt die Frage der Führung. Aktionen wie Betriebsbesetzungen und Massenstreiks werden niemals von der kapitalverschwägerten Gewerkschaftsbürokratie erfolgreich geführt werden. Dafür braucht man gewählte Streikkomitees, die bei Ausweitung der Kampfmaßnahmen in Arbeiterräte einmünden können. Und allem voran muß es eine konsequent revolutionäre Arbeiterpartei geben, die für die Interessen der Gesamtheit der Werktätigen und der Unterdrückten kämpft, im internationalistischen Geist des Kommunismus von Lenin und Trotzki.

Die SpAD hat die Wahrheit gesagt. In den Herbst-Tagen 1989 kämpften wir für eine proletarisch-politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen. Wir haben die SPD als „Trojanisches Pferd“ der Konterrevolution gebrandmarkt, als die keimende politische Revolution im deutschen Nationalismus erstreckte. Und bei den Volkskammerwahlen im März 1990 sagten einzig und allein die Spartakisten „Nein!“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Heute bekräftigen wir nochmals: Die Arbeiter brauchen eine wirkliche Arbeiterregierung, die für den authentischen Sozialismus kämpft. Wir brauchen ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! ■

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Aus dem Hamburger Hafen: Organisiert die Nichtorganisierten! (Und warum SPD/DKP das nicht tun)

Seit der Zerschlagung der Industrie im Osten arbeiten im Hamburger Hafen „Feste“, „Unständige“ und „Pendler“ Seite an Seite zu Hafentarifen und Tarifen zweiter Klasse zusammen. Mit Zustimmung der SPD-Gewerkschaftsleitung karren die Bosse täglich Hunderte Arbeiter aus Mecklenburg-Vorpommern heran und zahlen ihnen zu niedrige Löhne und Sozialleistungen. Die Hamburger Hafenbosse sagen offen, daß sie die „Unständigen“ und Pendler als Streikbrecher einsetzen wollen.

Wir Spartakisten sind im Hafen bekannt dafür, daß wir für Massenstreiks und Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Stilllegungen im Osten und Westen kämpfen. Das steht jetzt auf dem Spiel bei der Neptun-Werft in Rostock. Wir fordern die sofortige Festeinstellung aller „Unständigen“. Die Gewerkschaft muß diese Arbeiter als Mitglieder organisieren. Sie muß die Arbeitsplätze aller eingewanderten Arbeiter verteidigen und -volle Staatsbürgerrechte für sie verlangen.

Was aber macht der „linke“ Handlanger der Gewerkschaftsbürokratie und Hamburger Hafenbosse, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), dagegen? Die geschrumpften Stalinisten sitzen gern in Betriebsräten, wo man geregelt die „Geschäftsgeheimnisse“ bewahrt und die „Friedenspflicht“ verteidigt. Da betreiben sie die sehr beliebte Taktik der Bosse, die Arbeiterklasse entlang nationaler oder Ost-West-Linien zu spalten.

Zum 1. Mai gab es eine Ausgabe der DKP-Betriebszeitung für den Hamburger Hafen *Kiek Ut*. Auf der Titel-

seite werden „Arbeit für alle!“ und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ gefordert. Aber der Inhalt der Zeitung war genau das Gegenteil zu ihrer schönen Verpackung. Hier gab es einen Artikel mit dem Titel „Keine Chance für Aushilfsarbeiter?“ Die DKP-Antwort läuft einfach darauf hinaus: „Keine Chance.“ Sie wandte gegen unsere Forderung (ohne die SpAD zu benennen) nach Festeinstellung aller Arbeiter einschließlich Aushilfsarbeitern ein, daß dies „ausgesprochen schwierig“ sei. Woher sie diese Weisheit nehmen: „Nach Aussage der Geschäftsleitung“! Die Bosse reden, die DKP-Bonzchen plappern nach.

Die DKP jammert: „Die Hafenunternehmer wollen sich ein Heer moderner Lohnsklaven halten.“ Darauf antwortet sie: „Festeinstellung unserer Kollegen, die seit Jahren Seite an Seite mit uns arbeiten.“ Und was passiert mit den Hunderten Kollegen, die als sogenannte „Unständige“, als Pendler und andere „Aushilfskräfte“, die *jetzt* Seite an Seite mit uns arbeiten? Darunter sind viele Kollegen, denen als Iraner, Polen oder andere Immigranten fast alle Rechte vorenthalten werden. Und auch diejenigen, deren Arbeitsplätze bei LPGs und VEBs in Mecklenburg-Vorpommern vernichtet wurden. Die DKP ist einverstanden mit den ÖTV-Bonzchen, die nichts im Hafen unternehmen, um diese Kollegen zu organisieren. Stattdessen werden sie als Konkurrenz betrachtet, die besser wieder zurück in die Heimat gehen oder hinter der jetzigen „sozialen Mauer“ im Osten verschwinden sollte. Damit will sich die DKP für ihr (*Kiek Ut* zufolge) „friedliches, humanistisches, sozial verpflichtetes neues Deutschland einsetzen“. Diejenigen, die den Arbeiterwiderstand gegen das kapitalistische Großdeutschland organisieren wollen, sollen sich lieber der SpAD anschließen.

Gegen Nazi-Angriffe und Lohnsklaverei Solidarität mit unseren vietnamesischen Kollegen!

BERLIN — 6.30 Uhr an einem Morgen im April, Warschauer Bahnhof, Alltag. Die meisten Narva- und Reichsbahn-Arbeiter arbeiten schon, Angestellte sind noch unterwegs. Am Bahnhof lungern drei junge Nazis in neuen Stiefeln und amerikanischen Fußball-Jacken herum. Drei Kollegen aus Vietnam, schon arbeitslos oder zum Billiglohn beschäftigt, verkaufen Zigaretten, einfach um zurechtzukommen. Die Faschisten fangen an, die Vietnamesen zu schikanieren. Offensichtlich warten die Nazi-Schweine auf die Zeit zwischen den Zügen, wenn keine Fahrgäste vorbeigehen, um die Kollegen verprügeln oder die Treppen hinunterstoßen zu können.

Zufällig kommen zwei Spartakisten vorbei, das Kräfteverhältnis ändert sich, und die mögliche tödliche Provokation ist beendet. Der Zigarettenverkauf läuft bis Ende der Berufsverkehrszeit unbehindert, einem Nazi wird die Hand in der S-Bahn-Tür eingeklemmt. Die vietnamesischen Kollegen gehen diesmal unverletzt nach Hause. Doch was wir brauchen, um mit dem täglichen Terror Schluß zu machen, sind Arbeitermobilisierungen wie die antifaschistische Massenkundgebung im Januar 1990 im Treptower Park, um die Nazis daran zu erinnern, daß sie sich am besten nicht aus ihren Löchern trauen.

Am gleichen Abend nach der Provokation am S-Bahnhof gab es im Nordosten Berlins einen Überfall von

40 bis 60 Faschisten auf ein vietnamesisches Wohnheim, wo viele Gleisbauer wohnen. Die vietnamesischen Bahnarbeiter und ihre Familien haben ihr Zuhause erfolgreich verteidigt. Aber die deutschen „Betreuer“ riefen die Polizei an. Die Bullen durchsuchten das Wohnheim, danach fehlten um die 700 D-Mark. Gegen die Faschisten braucht man keinen solchen „Schutz“, sondern Arbeiterverteidigungsgruppen, organisiert von deutschen und eingewanderten Arbeitern, zum Beispiel von der Reichsbahn, die die Wohnheime gemeinsam verteidigen.

Ein anderes Berliner Wohnheim wurde Ende April in der Nacht von vier Nazis angegriffen. Sie drangen gewaltsam und bewaffnet in ein verschlossenes Zimmer ein, verwüsteten es und verletzten einen Kollegen mehrmals mit dem Messer. Als sich die Arbeiter zur Wehr setzten, suchten zwei Nazis das Weite, die beiden anderen erhielten eine verdiente Lektion. Es ist obszön, daß die Faschisten denken, sie könnten ohne Probleme ein Haus überfallen. Diese dummen „Herrenmenschen“ wissen nicht, daß die Vietnamesen recht gut ausgebildet sind; sie haben wohl noch nichts über die heroische Geschichte des vietnamesischen Volkes und über seine siegreichen Schlachten gegen die Imperialisten 1954 in Dien Bien Phu und 1975 in Saigon gehört.

Gegen drohende faschistische Angriffe am Tag von Hitlers Geburtstag half das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) am 20. April bei der Verteidigung eines Reichsbahner-Arbeiterwohnheims. Genossen aus verschiedenen Ländern organisierten eine gemeinsame Nachtwache mit den vietnamesischen Bewohnern. Die Arbeiter waren von der Polizei aufgefordert worden, zwei Tage

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

lang zu Hause und weg vom Fenster zu bleiben und nichts gegen die Faschisten zu unternehmen. Im Fall eines Angriffs sollten nochmals die Bullen angerufen werden. Viele Bewohner betonten dagegen, daß sie natürlich bereit stehen, um sich zu verteidigen.

Während der Nacht zeigten wir unser Video über die erfolgreiche Arbeitereinheitsfront 1988 in Philadelphia, USA: „Der Klan wird nicht in Philadelphia marschieren“. Eine solche Einheitsfrontaktion ist jetzt dringend notwendig, besonders weil die Faschisten relativ schwach und isoliert sind und die deutsche Bourgeoisie im Moment nicht auf sie setzt. Doch sie sind gefährlich und müssen gestoppt werden, wie es sich an der polnischen Grenze, bei sowjetischen Kasernen und bei den Wohnheimen zeigte.

Danach haben unsere Gastgeber das vietnamesische Video „Spezial-Agent Saigon“ gespielt und übersetzt. Es war angenehm, einmal einen Film zu sehen, wo die amerikanischen Militärs die Bösewichte sind, und wo der Sturz Saigons als Sieg für die internationale Arbeiterklasse gezeigt wird. Glücklicherweise blieben die Faschisten an diesem Abend fern, obwohl in anderen deutschen Städten Nazi-Überfälle stattfanden.

Mit der Zerschlagung der Industrie in der Ex-DDR wurden als erstes die Kollegen aus Polen, Mosambik und Vietnam gefeuert. Viele sind bereits abgeschoben worden. Soweit vietnamesische und andere eingewanderte Arbeiter ihre Arbeitsplätze halten konnten, versucht die Bourgeoisie, sie als Billiglohn-Arbeitskräfte zu benutzen. Zwar wurden Immigranten schon in Honeckers DDR in krimineller Weise gerade für schwere und dreckige Arbeit eingesetzt und in möglichst isolierten Wohngettos untergebracht. Aber damals kostete ein Zimmer im Arbeiterwohnheim 30 Mark; jetzt zahlen viele schon 250 D-Mark für ein Bett. Dies geht von einem Durchschnittslohn von brutto 750 D-Mark ab. Nach Versicherungen und Steuer bleiben monatlich vielleicht 400 D-Mark zum Leben. Für viele vietnamesische Kollegen, besonders Frauen, sieht es noch schlimmer aus.

Gegen die Massenverelendung *aller* Arbeiter fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sofort, auf der Basis von Westlöhnen. Wir fordern die gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit und volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Schulter an Schulter mit ihren deutschen Kollegen können Immigranten eine wichtige



Der Spiegel

Vietnamesische Arbeiterinnen schufteten für Hungerlöhne. Gewerkschaften: Organisiert Frauen, Immigranten! Löhne auf Westniveau, keine Abschiebungen!

Rolle spielen, um die notwendigen Betriebsbesetzungen und Massenstreiks zu organisieren und mit der rassistischen Hetze Schluß zu machen.

Wir Spartakisten verteidigen unsere vietnamesischen Kollegen gegen faschistische Angriffe und Lohnsklaverei. Dies ist kein Zufall: Wir waren die einzigen, die klipp und klar „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagten, die für alle Arbeiter katastrophale Lebensbedingungen gebracht hat. Wir sind Trotzisten und kämpfen deshalb als Internationalisten für die soziale Arbeiterrevolution in den kapitalistischen Ländern und für proletarische politische Revolution in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten wie der Volksrepublik Vietnam und der Sowjetunion, die wir gegen die Konterrevolution verteidigen. Im Geist Ta Thu Thaus und Hundert von den Stalinisten ermordeten vietnamesischen Trotzisten wollen wir eine trotzkistische Partei in Vietnam aufbauen sowie vietnamesische Kommunisten, Frauen und Männer, zur Führung einer revolutionären Partei in Deutschland gewinnen. Das ist der einzige Weg zu Arbeiterdemokratie und echtem Sozialismus hier und im Fernen Osten, in der Sowjetunion und weltweit.

Spartakist-Veranstaltungsreihe im Juni

17. Juni 1953: Ansatz zur proletarisch-politischen Revolution Sie wollten nicht Adenauer, sondern eine Metallarbeiterregierung!

Redner: Reinhard Hartwig

SpAD-Bundestagskandidat in Halle und Mitglied des Zentralkomitees

Berlin

Donnerstag, 13. Juni, 19.00 Uhr
Linkstreif, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 35
(U-Bahn Nauener Platz)

Halle

Samstag, 15. Juni, 16.00 Uhr
Joliot-Curie-Platz 29, Klubraum
Halle 4020

Hamburg

Freitag, 21. Juni, 19.00 Uhr
Curio-Haus
Rothenbaumchaussee 13
2000 Hamburg 13

Leipzig

Montag, 17. Juni, 19.00 Uhr
Kinder- und Jugend-Villa, Raum 24
Karl-Tauchnitz-Straße 3

Leuna

Dienstag, 25. Juni, 19.00 Uhr
Jugendklub „Odeon“
Straße der Arbeit 9

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Stoppt die Verfolgung von kurdischen und türkischen Linken! Freiheit für die PKK!

Seit Ende 1989 werden Mitglieder der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in einem Mammutverfahren vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht ungeheuerlicher staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Dieses abgekartete Spiel, aufgezo- gen mit Anklagen nach dem berüchtigten Paragraphen 129a, ist in der Presse als „größter Terroristenprozeß in der Geschichte der BRD“ bekannt. Die Hauptanklage? Eine angebliche „terroristische Vereinigung in und bei der PKK“, der die Angeklagten angehören sollen. Die wirkliche „terroristische Vereinigung“ ist aber der deutsche Kapitalistenstaat. Mit diesem Schauprozeß, basierend auf einem zutiefst antidemokratischen Gesetz, will Bonn für seinen NATO-Verbündeten und Untertanen Türkei die Drecksarbeit tun. Alle PKK-Anhänger müssen sofort freigelassen werden!

Vor dem Prozeß sorgte der Staat dafür, daß die PKK-Anhänger in der Presse vorverurteilt wurden. Die Prozeßlandschaft läuft selbst Stammheim den Rang ab. Bis Februar 1990 wurden die ursprünglich 19 Angeklagten während der Verhandlungen hinter Plexiglas gesperrt. Mehrere Sicherheitsschleusen, unzählige Stahltore, ein nur unterirdisch erreichbarer Verhandlungsbunker – die Opfer könnten vielleicht „ausbrechen“. Die Richter sind offensichtlich befangen. Oberstaatsanwalt Senge sagt einem Angeklagten offen ins Gesicht: „Sie kennen mich nicht? Alle Kurden kennen mich. Ich bin euer Jäger“. Völlig unglaubwürdige „Kronzeugen“ wurden gekauft und von ihren staatlichen Souffleuren ausgehalten. Den Verteidigern wurden Unterlagen und Übersetzungen vorenthalten, die Verteidiger selbst wurden bespitzelt.

Als das Prozeß-Chaos mit ausufernden Pannen nicht mehr zu verheimlichen war, schlug Generalstaatsanwalt Rebmann Anfang letzten Jahres die Änderung der Strafprozeßordnung vor: man sei hierzulande mit solchen Verfahren „überfordert“. Bonn solle nicht auf das Urteil warten müssen, sondern „ausländische Terroristen“ abschieben können, sobald Anklage gegen sie erhoben worden ist! Für kurdische Linke der sichere Tod in Özals Folterkellern.

An der irakischen Grenze baut die Bundeswehr ein eigenes Kurden-Lager auf, während die von ihr ausgebildeten türkischen Soldaten sterbende kurdische Flüchtlin-

ge foltern. In Düsseldorf sollen kurdische Linke auf dem „Rechts“wege zerstört werden. Die „Verbrechen“, wegen der die PKK-Anhänger in deutsche Knäste geworfen und vor deutsche Gerichte gezerrt wurden? Noch nicht einmal in Deutschland sollen sie begangen worden sein, sondern *in der Türkei* gegen die *türkische* Armee – die von der NATO bis an die Zähne bewaffnet worden ist.

Als Kommunisten haben wir grundlegende politische Differenzen mit der Politik der PKK, die wir als nationalistisch und zerstörerisch ablehnen. Doch beim Düsseldorfer Prozeß geht es darum, daß der Befreiungskampf der Kurden selbst abgeurteilt werden soll.

Jahrelang empörten sich Bürgerrechtler und diejenigen, die um den Abbau demokratischer Rechte besorgt sind, über den Paragraphen 129a. Als er in den 70er Jahren gegen die deutsche RAF benutzt wurde, war der Aufschrei berechtigterweise groß. Doch heute, wo er der ganzen kurdischen und türkischen Linken das Genick brechen soll, ist es seltsam still geworden um 129a unter bürgerlichen Liberalen sowie unter selbsternannten „Linken“, vor allem aus SPD und Grünen.

Dieser berüchtigte Paragraph wurde weiter verschärft mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus“ vom 1. Januar 1987, um den Zuständigkeitsbereich der Bundesanwaltschaft auf andere Staaten auszuweiten. Dagegen hatte die BRD-Justiz noch wenige Jahre davor die Strafverfolgung der faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann nach Paragraph 129a abgelehnt, weil diese angeblich eine „Auslandsvereinigung“ mit Sitz in Frankreich war. Mit der TREVI-Kooperation der NATO (Zusammenschluß gegen „Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt“), bei der die deutsche Bourgeoisie federführend ist, werden Bullen und Bundesanwälte „grenzübergreifend“ eingesetzt.

Nun hat am 19. März in Düsseldorf das Gericht erklärt, dieser Monsterprozeß soll für acht der verbleibenden 16 Angeklagten wegen „geringfügiger Vergehen“ eingestellt werden. Ähnlich soll in einem parallelen Prozeß in Celle das Verfahren gegen zwei von vier PKK-Angeklagten eingestellt werden; die übrigen Anklagen bleiben. Der bürgerliche Staat hat bei der PKK nichts zu richten! Die Arbeiterbewegung und all diejenigen, die es mit dem Kampf um bürgerliche Rechte ernst meinen, müssen die Verteidigung der PKK gegen die Repressalien des Staates zu ihrer Sache machen. Weg mit Paragraph 129a! Weg mit allen Anklagen – sofortige Einstellung aller Verfahren – sofortige Freiheit für die PKK!

Britannien: Kriegszensur gegen Verteidiger des Irak zurückgeschlagen!

Auf dem Höhepunkt des blutigen Bombenterrors der US/NATO-Imperialisten gegen den Irak wollte der britische Staat alle zum Schweigen bringen, die eine Seite mit den irakischen Opfern bezogen. Alastair Green, Unterstützer der Spartacist League/Britain, war am 2. Februar bei einer Demonstration gegen den Golfkrieg in London von Polizisten verhaftet und mißhandelt worden. Der Grund: die Spartacisten und andere hatten sich geweigert, ihre Parolen für die Niederlage des US-/britischen Imperialismus und für die Verteidigung des Irak fallenzulassen (siehe *Spartakist* Nr. 84, März). Jetzt hat die weitverbreitete Un-

terstützung für Alastair Green durch Gewerkschafter, Immigrantenorganisationen und Linke gegen diese skandalöse politische Zensur dazu geführt, daß alle Anklagen gegen den Genossen fallengelassen wurden. Dies ist ein wichtiger Erfolg der Arbeiterbewegung!

Aber die Verhaftung von Alastair Green war nicht der einzige Fall. Eine Demonstration der Black People Against War in the Gulf (Schwarze gegen den Golfkrieg) am 20. Februar wurde von der Polizei verboten, und elf Demonstranten wurden verhaftet, weil sie „USA Mörder“ riefen. Wir fordern, daß auch in diesem Fall die Anklagen sofort fallengelassen werden!

Jugoslawien am Zersplittern, Albanien auf des Messers Schneide

Ein neuer Balkankrieg im Entstehen?

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien wurde geschaffen durch den Sieg von Joseph Broz Titos kommunistischer Partisanenbewegung, den diese im Zweiten Weltkrieg über die nazideutsche Besatzungsarmee, über die von den Nazis unterstützten kroatischen Ustascha-Faschisten und über die serbischen monarchistischen Tschetniks errang. Aber heute ist Jugoslawien bedroht durch Massaker zwischen den einzelnen Völkern, denn die konkurrierenden Nationalismen reißen das Land in Stücke bei ihrem obszönen Wettrennen, sich wieder dem kapitalistischen Weltmarkt anzuschließen. Letzte Woche gab es in der Stadt Borovo Selo einen blutigen Zusammenstoß zwischen serbischen Milizen und kroatischer Polizei, bei dem es ein Dutzend Tote und zig Verletzte gab. Als sich die Kämpfe in der Bevölkerung ausweiteten, tönte der kroatische Präsident Franjo Tudjman: „Der Krieg hat begonnen.“

Die Spannungen sind schon seit Wochen auf einem Höhepunkt; die reicheren nördlichen Republiken Serbien und Slowenien — mehr westlich orientierte, traditionell römisch-katholische Gebiete, wo bei den Wahlen im letzten Jahr antikommunistische Nationalisten die Regierung übernommen haben — haben ihre eigenen Milizen bewaffnet und praktisch ihre Unabhängigkeit von der Bundesregierung erklärt. Gegen sie stellt sich Serbiens Slobodan Milosević, Führer der Überreste der Kommunistischen (jetzt Sozialistischen) Partei, der in dieser Republik dadurch an der Macht bleibt, daß er serbischen Nationalismus hochgepeitscht hat. In den letzten Wochen hat die Bundesarmee — direkter Nachfahre von Titos Partisanen — wiederholt interveniert, um die mörderischen Feuergefechte in Kroatien zwischen Polizei und rebellischen serbischen Milizen zu ersticken, und die Einheit mit „der Mutter-Republik“ gefordert.

Die Situation wird weiter angeheizt durch den Zusammenbruch der grotesken und primitiven stalinistischen Herrschaft im benachbarten Albanien, das ebenfalls jederzeit in einem Bürgerkrieg explodieren könnte. Dazu kommen noch die ständigen Unruhen in Bulgarien und Rumänien und die Ausweitung von nationalistischen Konflikten nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und infolge der eskalierenden Krise in der Sowjetunion.

Manche rechten Kräfte im Westen lecken sich schon die Finger bei der Aussicht, die volle Kontrolle über den Balkan zurückzuerlangen. „Jugoslawien: Auseinanderfallen tut gut“, erklärt eine Kolumne im *Wall Street Journal* (8. März). Der *U.S. News & World Report* (1. April) bemerkt, daß „die erneuten Unruhen auf dem Balkan sogar als Wegbereiter dienen könnten für die Zerschlagung der Sowjetunion, wo die Krise der Republiken in größerem Maßstab derjenigen Jugoslawiens ähnelt“. Doch andere sind besorgt. „Der Balkan, wieder einmal das Pulverfaß Europas“, war die Überschrift in der italienischen Tageszeitung *La Repubblica* (4. Mai).

Der gewaltsame Zerfall Jugoslawiens könnte einen neuen Balkankrieg auslösen und sogar die Großmächte hineinziehen. Zum Beispiel erheben sowohl Bulgarien als auch Griechenland Gebietsansprüche auf Makedonien. Kroatiens antikommunistischer Führer Tudjman hat offen an den US-Präsidenten Bush und den britischen Premierminister John Major appelliert, sie sollten sei-

nen Abspaltungsversuch gegen die jugoslawische Bundesarmee unterstützen. Der US-Imperialismus — aufgeplustert durch seinen Sieg im Krieg am Persischen Golf und im Glauben, die Sowjetunion sei jetzt am Boden — könnte versucht sein, die „Neue Weltordnung“ auf den



AP

Belgrad: Demonstranten rufen „Jugoslawien“ und nach „Armee“; sie tragen Bilder des Internationalsten Lenin, aber auch von Milosević, übler Demagoge und serbischer Nationalist

Balkan auszudehnen. Jedes Schulkind in Europa weiß, daß ein wilder Terrorakt eines serbischen Nationalisten in Bosnien 1914 das Massenmorden des Ersten Weltkriegs auslöste.

Das titoistische Jugoslawien zerfällt

Jugoslawien in seiner ursprünglichen Form war ein direktes Ergebnis dieses Krieges. Es wurde 1918 gegründet als Teil der imperialistischen Neugliederung Europas durch Präsident Wilson. Mit einem serbischen König an der Spitze wurde Jugoslawien schnell zerfressen vom Konflikt zwischen den römisch-katholischen Kroaten, die zum Reich der Habsburger gehört hatten, und den griechisch-orthodoxen Serben, die sich schon früher vom Osmanischen Reich losgerissen hatten. Kroatische Nationalisten bildeten die Ustascha, die im Zweiten Weltkrieg für die Nazis eine Marionettenregierung stellte und Hunderttausende von Serben, Juden und Roma ermordete.

Die kommunistischen Partisanen unter Tito (dessen Vater Kroat und dessen Mutter Slowenin war) konnten die Arbeiter und Bauern Jugoslawiens gegen die nazideutschen Streitkräfte wie auch gegen sämtliche einheimischen völkermörderischen Nationalisten mobilisieren. Nach dem Krieg wurde daher der Kapitalismus in Jugoslawien durch eine eigenständige soziale Revolution gestürzt, anders als im übrigen Osteuropa, wo die bürgerliche Ordnung durch die sowjetische Rote Armee zerschlagen wurde, als sie die Nazi-Wehrmacht zurücktrieb. Dies gab dem Tito-Regime die enorme Autorität bei der Bevölkerung, mit Stalin 1948 zu brechen und seinen eigenen unabhängigen „jugoslawischen Weg zum Sozialis-

Fortgesetzt auf Seite 10

Balkan...

Fortsetzung von Seite 9

mus“ zu verkünden. Dennoch war Jugoslawien, wie die osteuropäischen „Volksdemokratien“, von Anfang an ein Arbeiterstaat, der durch eine stalinistische bürokratische Herrschaft *deformiert* war. Und darin liegt der Grund für seinen derzeitigen Zerfall.

Im nationalistischen Rahmen des Stalinismus ging das Tito-Regime bei der Errichtung einer wirklich multinationalen Föderation ungefähr so weit, wie es konnte.



Bundeskomitee für Information, Belgrad

Opfer der von Nazis unterstützten Ustascha-Faschisten im Zweiten Weltkrieg

Aber die nationalen Trennungslinien konnten auf der Basis des Aufbaus des „Sozialismus“ in einem relativ rückständigen Balkanland nicht überwunden werden. Die wirtschaftliche Dezentralisierung und der „Marktsozialismus“, die Tito zu seinem Markenzeichen machte, haben die Unterschiede zwischen den Republiken und Regionen sogar noch verstärkt. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in Slowenien *zehnmal* so hoch wie in Kosovo, wo hauptsächlich Albaner leben! Zusätzlich zum „Marktsozialismus“ war Jugoslawien auch das erste Land, das seine kollektivierte Wirtschaft an die westlichen Bankiers verpfändete, die jetzt das Land mit einem brutalen Austeritätsprogramm auspressen. Allein im Februar mußten 7000 staatseigene Unternehmen Konkurs anmelden.

Während das Tito-Regime innerhalb Jugoslawiens die nationalen Gegensätze zu überwinden suchte, nahm es gegenüber seinen Nachbarn auf dem Balkan eine nationalistische Haltung ein. Tito und seine Mitstreiter setzten sich für die Erhaltung der Staatsgrenzen ein, die im Versailler Vertrag 1918 von den imperialistischen Siegermächten festgelegt worden waren. Daher zankten sich die Belgrader Stalinisten mit Bulgarien über Makedonien und verweigerten Jugoslawiens Albanern das Recht auf Selbstbestimmung. Trotzdem hielt das Tito-Regime, gestützt auf die Organisation und die Autorität des Partisanensieges, Jugoslawien als einen Vielvölkerstaat auf Grundlage des Kollektiveigentums zusammen. Doch mit dem Ableben der Partisanengeneration, signalisiert durch Titos Tod 1980, ist der ganze alte nationalistische Dreck wieder hochgekommen.

Heute stehen die prowestlichen kroatischen und slowenischen Nationalisten an der Spitze der Kräfte, die Jugoslawien zerstückeln wollen. Doch der Zerfallsprozeß wurde durch den wachsenden serbischen Nationalismus in Gang gesetzt, mit dem Aufstieg von Slobodan Milosević (seine Anhänger nennen ihn „Slobo“). Das Milosević-Regime in Serbien wird in den westlichen bürgerlichen Medien gewöhnlich als die letzte stalinistische Bastion in Osteuropa hingestellt und gebrandmarkt. Aber Milosević hat auf seine Art entscheidend mit dem titostischen System gebrochen und es angegriffen.

„Slobo“ und der Anstieg des serbischen Nationalismus

Tito wollte die traditionelle nationale Loyalität und Feindschaft dadurch überwinden, daß er einen weitergehenden panjugoslawischen Nationalismus förderte. Er versuchte, die Vorherrschaft der serbischen Republik einzuschränken, indem er der von Albanern bevölkerten Region Kosovo Autonomie gab und auch der Vojvodina mit ihrem hohen ungarischen Bevölkerungsanteil. Im Gegensatz dazu kam Milosević an die Macht, indem er anti-albanischen serbischen Chauvinismus schürte. Er hat sich offen mit der serbischen orthodoxen Kirche verbündet und gleichzeitig das Andenken an Tito schlechtgemacht.

Seit Anfang der 80er Jahre forderten die Albaner — die drittgrößte nationale Gruppe in Jugoslawien —, daß Kosovo den vollen Status einer Republik erhält, so wie Serbien oder Kroatien. Diese albanische Agitation wurde massiv unterdrückt, und 1989 beseitigte Milosević noch das bißchen, was von der Autonomie der Region übriggeblieben war, bei seiner Kampagne für ein Großserbien. Die gegenwärtige Krise der stalinistischen Herrschaft in Albanien kann die Kosovo-Frage nur anheizen. Bei dem ungewissen Stand der Dinge stellt sich direkt die Frage der Vereinigung des albanischen Volkes. Als proletarische Internationalisten fordern wir das Recht auf Selbstbestimmung für das albanische Volk im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Balkans.

Anders als die nationalistischen Führer in Kroatien und Slowenien hat Milosević nicht seine Absicht erklärt, den Kapitalismus sofort wiederherzustellen. Aus diesem Grunde wird er in der westlichen Presse als jemand abgestempelt, der „immer noch Kommunist“ ist. Aber dieser ehemalige Chef der jugoslawischen Staatsbank hat schon lange erklärt, daß er für einen Übergang zu einer „Marktwirtschaft“ ist; und in den letzten paar Jahren hat er als Agent von Wall Street und Frankfurt gedient, als er Serbiens Werktätigen harte Entbehrungen aufzwang.

Um die Wahlen im letzten Dezember zu gewinnen, nahm Milosević eine mehr „populistische“ Haltung zur Wirtschaft ein und pumpte Millionen Dinar in kriselnde Staatsunternehmen. Doch seitdem ist das Geld ausgegangen. In Staatsbetrieben werden die Löhne zwei bis drei Monate zu spät überwiesen, und selbst dann ist die Überweisung nur ein Bruchteil dessen, was dem Arbeiter zusteht. Ein junger Maschinist in einem Belgrader Motorenwerk beschwerte sich: „Vor den Wahlen war alles in Ordnung. Wir kriegten unser Geld. Danach haben sie uns vergessen“ (Londoner *Guardian*, 22. März).

Die wirtschaftliche Verzweiflung hat der rechten Opposition gegen Milosević Auftrieb gegeben, die von Vuc Draskovićs Serbischer Erneuerungsbewegung angeführt wird. Drasković identifiziert sich mit den monarchistischen Tschetniks, die von Titos Partisanen niedergeschlagen wurden, und verlangt einen Volksentscheid über die Wiedereinführung der Monarchie! Mitte März veranstalteten Drasković-Anhänger mitten in Belgrad gewalttätige Proteste, auf die Milosević mit einer Mi-

**Stahlarbeiter In
Montenegro 1988. Ge-
meinsamer Klassenkampf
unter wirklicher kom-
munistischer Führung kann
Nationalismus und Zerfall
Jugoslawiens verhindern**



Horvat Picture Group

schung aus Unterdrückung und Zugeständnissen reagierte. Es ist keineswegs undenkbar, daß sich Milosević und Drasković über ein Programm von großserbischem Nationalismus einigen können.

Machtprobe in Kroatien

Während Drasković die serbischen monarchistischen Tschetniks wieder ins Leben rufen will, kommen die neuen Führer in Kroatien auf die Ustascha-Faschisten zurück. Der kroatische Präsident Franjo Tudjman ist ein ehemaliger General und Universitätsprofessor, der in seinen Schriften die Ustascha-Regierung reinwäscht und sie beschreibt als „den Ausdruck der historischen Bestrebungen der kroatischen Nation nach ihrem unabhängigen Staat“. Unter Tudjman trägt eine neu formierte „Sondersicherheitseinheit“ das rot-weiß karierte Wappen der wiederbelebten Ustascha auf ihren Mützen. Eine seiner ersten Handlungen nach seiner Wahl im letzten Jahr war es, den Platz für die Opfer des Faschismus in der Hauptstadt Zagreb umzubenennen ... jetzt ist es der Platz der kroatischen Giganten.

Dies alles hat natürlich die Serben in Kroatien – 15 Prozent der Bevölkerung der Republik – alarmiert, für die die völkermörderischen Greuelthaten der Ustaschi noch in lebendiger Erinnerung sind. Ein 50jähriger Lehrer in Petrinja erinnert sich an seine Kindheit, wo „ich zusehen mußte, wie mein Haus abbrannte, und ich möchte gern meinem Sohn das gleiche Schicksal ersparen“ (*San Francisco Chronicle*, 12. April). Aus solchen serbischen Dörfern in Kroatien rekrutierte Tito viele Kämpfer für die kommunistischen Partisanen. Und jetzt, wo in Zagreb die antikommunistischen kroatischen Nationalisten wieder an der Macht sind, machen die serbischen Gemeinden einen offenen Aufstand.

Für eine Sozialistische Balkan-Föderation

Die einzige Kraft, die Jugoslawien noch zusammenhält, ist die Bundesarmee, deren Offizierskorps zu 70 Prozent aus Serben besteht. Als Verteidigung in letzter Minute gründeten Armeegeneräle Anfang dieses Jahres die Kommunistische Liga – Bewegung für Jugoslawien, mit dem Spitznamen „Partei der Generäle“. Ein Dokument, das von der Politischen Hauptverwaltung der Armee herausgegeben wurde, gelobt:

„In Jugoslawien ist der Sozialismus weder am Ende

noch auf den Knien. Obwohl er einen hohen Preis bezahlt hat, hat er es geschafft, den ersten Schlag der antikommunistischen Welle von Hysterie zu überstehen. Es ist die reale Möglichkeit gewahrt worden, das Land als eine föderative und sozialistische Gesellschaft zu erhalten.“ (*Londoner Guardian*, 2. Februar)

Zum jetzigen Zeitpunkt würden proletarische Internationalisten die jugoslawische Bundesarmee gegen das konterrevolutionäre kroatische Regime militärisch unterstützen. Aber die stalinistischen Militärkader können Jugoslawien nicht erhalten, besonders da die Armeeführung empfänglich ist für serbischen Nationalismus, wie ihn der üble Demagoge Milosević verkörpert. Die Armee kann höchstens die Kräfte der kommunalistischen Massaker eine Zeitlang abwehren und Zeit gewinnen für die Entstehung eines *proletarischen* Pols. Dieser allein kann die Entwicklung aufhalten, die Hals über Kopf auf einen neuen Balkankrieg zusteuert.

Daß eine solche Möglichkeit existiert, wurde vor ein paar Wochen demonstriert, als 700 000 serbische Textil-, Metall- und Lederarbeiter einen eintägigen Proteststreik gegen das von den westlichen Bankiers angeordnete Austeritätsprogramm durchführten. Ihnen schlossen sich 10 000 Bergleute in Bosnien an. Dies war der größte Arbeiterprotest seit dem Zweiten Weltkrieg. Was in Jugoslawien dringend gebraucht wird, ist eine wirkliche kommunistische Partei, die den ökonomischen Widerstand der Arbeiter gegen die Kräfte des mörderischen Nationalismus und gegen deren imperialistische Paten hinlenken kann zum Kampf für eine sozialistische Balkan-Föderation.

Aber Sozialismus kann nicht isoliert aufgebaut werden in den relativ rückständigen Balkanländern. Tatsächlich ist der mächtige Druck des kapitalistischen Weltmarkts ein Hauptgrund für den Zerfall Jugoslawiens und auch für das nationalistische Zerreißen der Sowjetunion. Das Schicksal Jugoslawiens ist eindeutig verknüpft mit dem der Sowjetunion und dem Europas. Wie Trotzki bei einer Diskussion mit seinen griechischen Unterstützern Anfang der 30er Jahre schrieb: „Eine revolutionäre Perspektive ist unmöglich ohne eine Föderation der Balkanstaaten, die offensichtlich hier nicht haltmachen wird, sondern sich vielmehr ausweiten wird zu einer Föderation der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa.“

Nach Workers Vanguard Nr. 526, 10. Mai

Sowjetische Arbeiter: gegen Verelendung durch „freien Markt“

UdSSR schlittert ins Desaster



Hans-Jürgen Burkard



Karin Rocholl

Sowjetische Bürger müssen stundenlang Schlange stehen vor halbleeren staatlichen Geschäften (links), während die verhaßten Kooperativen vollgestopft sind mit Waren, die keiner bezahlen kann

„Ich mache mir jetzt große Sorgen, wie ich überhaupt meine Kinder ernähren soll“, klagte eine Mutter von zwei Kindern. Am 2. April sind die Preise für Brot, Fleisch, Mehl und Reis verdreifacht worden. Bei Milch, Eiern und Tee verdoppelten sie sich. Eine Schuluniform für Kinder, die bisher 12 Rubel gekostet hatte, kostet jetzt 62. Der langerwartete und lange befürchtete Schock der „Preisreform“ – zentraler Kern des von Gorbatschow verkündeten „Übergangs zur Marktwirtschaft“ – traf die Werktätigen mit voller Wucht.

Zwei Tage später fingen die erwarteten Massenstreiks und Proteste an. In Minsk, der Hauptstadt Belorußlands, strömten Zehntausende von Arbeitern aus den Auto-, Traktoren-, Motorenwerken und anderen Betrieben und marschierten zur Stadtmitte. Vom Podest eines Lenin-Denkmal herab forderten die Sprecher Lohnerhöhungen als Ausgleich der Preiserhöhungen und den Rücktritt von Gorbatschow. Seit Anfang März waren etwa ein Drittel der sowjetischen Kohlenbergwerke im Streik, viele Millionen Arbeiter beteiligten sich am 27. April an Warnstreiks und Protestaktionen.

Gorbatschows Regierung hat zwar versprochen, als Ausgleich die Löhne, Renten, Stipendien und das Kindergeld soweit anzuheben, daß es kein allgemeines Absinken des Lebensstandards gibt. Aber angesichts des offensichtlichen Zusammenbruchs der sowjetischen Wirtschaft sind solche Versprechen unglaubwürdig und werden auch nicht geglaubt. Die staatliche Planungsbehörde Gosplan schätzt für dieses Jahr einen Rückgang des Nationalprodukts um 12 Prozent, nach einem Rückgang von 3 Prozent im Vorjahr. Jakow Urinson, ein Wirtschaftsforscher von Gosplan, prophezeit düster: „Ich sehe einen Abgrund vor uns – wirtschaftlich, politisch und sozial –, eine Rückkehr zu den schrecklichen Zeiten, die unser Land in der Vergangenheit durchmachen mußte“ (*Independent* [London], 11. März).

Die sowjetischen Werktätigen können den Sturz in diesen Abgrund verhindern, aber nur, wenn sie alle Flügel der zerfallenden stalinistischen Bürokratie wegfen

– die Apparatschiks und militärischen Hardliner, die „Zentristen“ um Gorbatschow und die offen prokapitalistischen „Demokraten“ um Boris Jelzin – und die politische Macht in die eigenen Hände nehmen. Mehr als alles andere enthüllen die Preiserhöhungen auf drastische Weise, daß alle diese miteinander im Streit liegenden Kräfte Feinde der Arbeiterklasse sind.

Die „patriotischen“ Apparatschiks und Obristen, die den „Demokraten“ vorwerfen, sie seien Agenten des Imperialismus (was sie sind), werden Gorbatschow im Namen von „Ruhe und Ordnung“ gegen die Arbeiter unterstützen, um einen starken, von Rußland dominierten Staat zu bewahren. Die Anhänger des „freien Marktes“ werfen Gorbatschow vor, daß er die Wirtschaft ruiniert, doch sie kritisieren die Preiserhöhungen nur, weil sie ihnen nicht weit genug gehen. Sie fordern eine Aufhebung jeglicher Preiskontrolle durch die Regierung ohne Ausgleich. Jelzin bringt jetzt im Parlament der Russischen Republik wieder den „500-Tage“-Plan zur Rückkehr zum Kapitalismus ein, in dem die Privatisierung der Wohnungen, der Landwirtschaft und von 70 Prozent der Industrieunternehmen gefordert werden.

Die Organisierung des Widerstands der Arbeiter gegen die Preiserhöhungen kann die Basis für *Sowjets* werden, die die Arbeiter vereinen mit den Kollektivbauern, den Soldaten und Offizieren der Roten Armee, den Rentnern, unterdrückten Minderheiten und anderen, die die Sache der Arbeiterklasse zu ihrer eigenen machen. Um für wirkliche Sowjetmacht kämpfen zu können, muß eine neue bolschewistische Partei geschmiedet werden, die die Arbeiterklasse führen kann gegen die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution und der blutigen nationalistischen Auseinandersetzungen.

**Gorbatschow und Jelzin:
Endprodukte der stalinistischen Degeneration**

Der Abstieg der UdSSR ins wirtschaftliche Chaos geht einher mit dem Zerfall der stalinistischen bürokrati-

schen Elite. Die Sowjetunion ist im Augenblick an der Spitze politisch gelähmt, da die zwei Hauptfraktionen, die beim Zerfall der Kreml-Oligarchie entstanden sind, sich gegenseitig ausbalancieren. Die Propagandisten für Jelzin und viele westliche Kommentatoren stellen den Konflikt so dar, als ob er zwischen den Befürwortern von kapitalistischer Demokratie und den Verteidigern eines wieder aufpolierten „Kommunismus“ (d. h. Stalinismus) geführt würde.

Es steht außer Frage, daß die „Demokraten“ Agenten der Wall Street, der Londoner City und der Frankfurter Banken sind. Vor kurzem mußte Gennadi Filschin, einer von Jelzins Top-Beratern, als stellvertretender Ministerpräsident der Russischen Republik zurücktreten nach einem Finanzskandal, der ganz klar das wahre Programm und die Herren dieser Bande offenbarte. Filschin soll einen Deal über den Import von Konsumgütern im Wert von 140 Milliarden Rubel mit einer zweifelhaften britischen Firma, der Dove Trading International, abgeschlossen haben. Diese Rubel wären dann von den westlichen Investoren dazu benutzt worden, um die Fabriken, Bergwerke und anderen Unternehmen in Staatsbesitz aufzukaufen. Das Abkommen wurde von der sowjetischen Zentralregierung zu Fall gebracht.

Aber auch die Gorbatschowisten haben vor, die Sowjetunion in eine kapitalistische Marktwirtschaft zu verwandeln, wenn auch in langsamerem Tempo und zum Nutzen von unterschiedlichen Elementen der bürokratischen Elite. Juri Prokofiew, ein führender Anhänger Gorbatschows, Parteichef von Moskau und Mitglied des Politbüros der KPdSU, erklärte: „Wir müssen den Weg Japans und Südkoreas gehen“ (*Financial Times* [London], 5. Februar). Prokofiew zählte sogar Pinochets Chile zu den Modell-Ländern, wo „entwickelte Marktstrukturen innerhalb kurzer Zeit geschaffen wurden“! Mit anderen Worten, die Gorbatschowisten wollen ein korporatistisches System einführen, wenn nötig durch massive polizeistaatliche Unterdrückung.

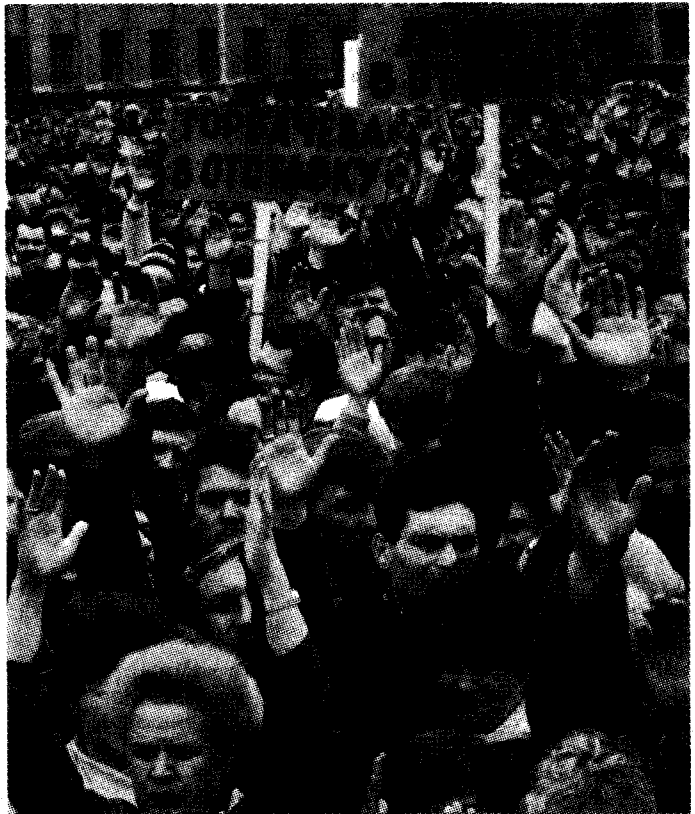
Jelzin findet Anklang, weil er eine radikale Alternative zur jetzigen unerträglichen Situation verspricht. Aber die Masse der sowjetischen Werktätigen ist gegen die Auswirkungen eines Kapitalismus des „freien Marktes“ und fürchtet sie geradezu. Das amerikanische *Wall Street Journal* (2. Januar) veröffentlichte eine Umfrage, bei der nur 5 Prozent der sowjetischen Bevölkerung dafür sind, daß der Markt die Preise bestimmt. Leningrader Arbeiter haben sich nach Berichten geweigert, Geschäfte, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe zu räumen, die vor kurzem von der Stadtverwaltung, die Jelzin unterstützt, privatisiert worden sind.

Die sowjetischen Werktätigen müssen unbedingt verstehen lernen, daß die Kräfte um Jelzin Todfeinde der Arbeiterklasse sind. Nicht der Kommunismus hat das gegenwärtige wirtschaftliche Chaos hervorgebracht, sondern die stalinistische *Perversion* des Kommunismus, die jahrzehntelang bürokratische Mißwirtschaft und Parasitentum hervorbrachte. Eine Rückkehr zum Kapitalismus würde für die sowjetischen Werktätigen noch größeres Elend bedeuten.

Die sowjetischen Arbeiter brauchen die Verwüstungen der kapitalistischen Restauration nicht am eigenen Leibe durchzumachen. Der Widerstand gegen die Preiserhöhungen kann der Beginn sein zu einer *proletarischen Gegenoffensive* gegen die Kräfte des Elends des „freien Marktes“.

Für sozialistische Planung unter Arbeiterdemokratie

Das letzte Mal hat die Kreml-Bürokratie die Preise für Lebensmittel und andere Konsumgüter 1962 unter



East News Sipa

Minsk: Empörte Arbeiter demonstrieren gegen Preiserhöhungen und fordern Gorbatschows Rücktritt

Chruschtschow angehoben. Damit provozierten sie eine Welle von Protesten und Streiks, die zumindest in einem Fall (Nowotscherkassk im ukrainischen Donbass) mit einem entsetzlichen Blutbad durch KGB-, Polizei- und Armee-Einheiten niedergeschlagen wurden. Als Breschnjew ein paar Jahre später Chruschtschow stürzte, hat er versucht, keinen sozialen Unfrieden aufkommen zu lassen, indem er die Konsumgüterpreise auf dem Niveau von 1962 einfrohr.

Während jedoch die sowjetische Wirtschaft Mitte der 70er Jahre stagnierte, wurden die Löhne und Gehälter und die staatlichen Ankaufspreise für Staatsgüter und Kolchosen weiter angehoben. Der immer größer werdenden Schere zwischen den offiziellen Preisen und den Produktionskosten versuchte man Herr zu werden durch permanent ansteigende Subventionen, die durch eine Aufblähung der Geldmenge finanziert wurden. In den letzten Jahren unter Breschnjew, die gekennzeichnet waren durch weitverbreitete Korruption, wurden immer mehr Lebensmittel und andere lebensnotwendige Güter auf den Schwarzmarkt umgeleitet oder nur unter der Hand verkauft. Aber unter Gorbatschows Perestroika sind die Waren aus den staatlichen Läden völlig verschwunden und nur noch auf privaten Märkten zu haben, zum 10- oder 20fachen des offiziellen Preises.

Es fing damit an, daß die Schwarzhändler unter dem irreführenden Namen „Kooperativisten“ legalisiert wurden, was eine enorme Ausweitung ihrer Aktivitäten nach sich zog. Betriebsleiter plünderten ihre Betriebe, Warenlager und Geschäfte, und verschoben Güter, die im staatlichen Sektor produziert worden waren, an ihre Partner in den Privatmärkten. Die reale wirtschaftliche Macht geht über an die „Mafia“, wie sie in Rußland genannt wird — eine Mischung aus korrupten Apparatschiks, privaten Geschäftemachern und richtigen Gangstern. Zu Beginn des Jahres berichtete der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Preiskommission, daß die Kosten

Fortgesetzt auf Seite 14

UdSSR...

Fortsetzung von Seite 13

für die Produktion und Verteilung der Konsumgüter 25 Prozent höher sind als die staatlichen Einnahmen durch ihren Verkauf. Die sowjetische Regierung subventioniert praktisch die Preistreiberei der Mafia!

Die Perestroika hat auch zum Auseinanderbrechen der sowjetischen Wirtschaft entlang nationaler und regionaler Linien geführt. Republiken, Regionen, ja selbst Städte führen Wirtschaftskriege gegeneinander: Es werden Handelsbarrieren aufgerichtet, Zölle erhoben, eigene Währungen eingeführt, der Verkauf an Menschen von außerhalb wird untersagt. Währenddessen wandern viele sowjetische Juden, die einen bedeutenden Anteil der technischen und wissenschaftlichen Kader ausmachen, aus Angst vor antisemitischen Pogromen aus. Der prominente Ökonom Nikolai Schmeljew, ein Propagandist der „freien Marktwirtschaft“, beklagt, daß die Situation „an die Zeit des Mittelalters erinnert“. Der wirtschaftliche Nationalismus und die kommunalistischen Blutbäder (wie das Pogrom, das Georgier zur Zeit an der ossetischen Minderheit verübten) sind untrennbar verbunden mit dem Feldzug für eine Restauration des Kapitalismus, wofür Schmeljew einer ihrer führenden Ideologen ist.

Wie Trotzki 1938 im Übergangsprogramm forderte, sollten demokratisch gewählte Verbraucherkomitees über Qualität und Preise der Waren wachen. Und Körperschaften der Sowjets können demokratisch entscheiden, welche Sozialleistungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden (z. B. medizinische Versorgung, Kinderbetreuung und Ausbildung) und welche bestimmten Einzelgüter man subventionieren sollte (zum Beispiel Kinderbücher, um damit das Lesen zu fördern).

Solch eine Rationalisierung des Preis- und Finanzwesens der Sowjetunion ist nur möglich im Rahmen einer allumfassenden sozialistischen Wiederbelebung der Wirtschaft. Dazu müssen alle Formen von bürokratischer Verschwendung und von Parasitentum abgeschafft wer-

den. Das bedeutet einen radikalen Anstieg der Produktivität durch wissenschaftliche Planung und, was nicht weniger bedeutsam ist, durch eine erneuerte Disziplin und Hingabe der Werktätigen, die wissen, daß sie für sich und ihre Kinder wirklich eine bessere Zukunft aufbauen. Dazu ist es jedoch notwendig, das System des Kollektiveigentums zu verteidigen.

Um von der augenblicklichen Situation von Chaos und Elend zu einem wirklich sozialistischen System zu kommen, ist eine *proletarische politische Revolution* notwendig, die die degenerierten Überbleibsel der Kreml-Bürokratie stürzt und alle Kräfte zerschlägt, die geradezu auf eine blutige Konterrevolution zusteuern – die Wall-Street-„Demokraten“ um Jelzin, die reaktionären Nationalisten im Baltikum, im Kaukasus und der Ukraine und die großrussischen Chauvinisten, die sich die Maske von sowjetischen „Patrioten“ aufsetzen.

Die bürokratisierte Anarchie von Gorbatschows Perestroika hat dem Wachstum all dieser arbeiterfeindlichen Kräfte Vorschub geleistet. Aber jetzt eröffnet der Widerstand der Arbeiter gegen die Preiserhöhungen eine *entscheidende Möglichkeit*, der ganzen politischen Situation eine Wende zu geben. Die Sowjetunion kann entlang der Linie polarisiert werden: für oder wider die Interessen der Werktätigen – ob die Lebenshaltungskosten der Kontrolle der Mafia und der westlichen Finanziers unterworfen sein werden oder durch das demokratische Mandat der Gesellschaft entschieden werden.

Unter einer revolutionären Führung – einer wiedergeschmiedeten bolschewistischen Partei, die auf den Prinzipien von Lenin und Trotzki aufgebaut wird – kann die sowjetische Arbeiterklasse wieder ihr wirkliches kommunistisches Erbe beanspruchen. Genau wie die Oktoberrevolution die kapitalistische Welt erschüttert hat, genauso wird die Wiedererrichtung von Sowjetmacht in der Sowjetunion die revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse in den Kernländern des Imperialismus inspirieren, und damit einer weltweiten kommunistischen Ordnung den Weg öffnen.

Nach Workers Vanguard Nr. 524, 12. April

Rote Armee...

Fortsetzung von Seite 1

kurzem einen Skinhead-Überfall auf ihr Berliner Wohnheim zurückgeschlagen hat. Am 20. April (Hitlers Geburtstag) hielt die SpAD gemeinsam mit den vietnamesischen Kollegen in dem Wohnheim Wache für den Fall eines weiteren faschistischen Angriffs (siehe Seite 6).

Zum Abschluß der Veranstaltung legten mehrere sowjetische Offiziere und Soldaten gemeinsam mit polnischen, deutschen, amerikanischen, kurdischen und vietnamesischen Genossen einen Kranz nieder zu Ehren der Rotarmisten, Männern und Frauen, die bei der Zerschlagung der Geißel des Nazismus ihr Leben ließen. Nachfolgend drucken wir die Rede der SpAD und Auszüge aus der Präsentation des Genossen der SGP an die Sowjetarmisten ab.

Rede von Renate Dahlhaus für die SpAD

Liebe Genossinnen, Genossen und Freunde,

wir begrüßen euch, Genossen, die ihr Jahr für Jahr auf eurem Posten gestanden habt gegen den NATO-Imperialismus. Der 8. Mai 1945 war ein entscheidender Tag für die Menschheit. Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime und beendete damit die Hölle auf Erden für Millionen von Menschen. Dies war wahrhaft proletarisch-internationalistisch. Ohne den Kampf eurer Väter, Müt-

ter und Großeltern wären wir heute nicht hier. Als das sowjetische Ehrenmal in Westberlin am Brandenburger Tor geräumt wurde von der Roten Armee, hatte ein erfahrener Genosse aus unserer amerikanischen Sektion den Gedanken, vielleicht sollten wir euch sagen: Rote Armee, auf Wiedersehen, vielleicht brauchen wir euch bald wieder.

Unsere Partei ist stolz darauf, die Treptower Demonstration am 3. Januar 1990 initiiert zu haben. Es war die größte antifaschistische Demonstration, mit über 250 000 Menschen zu Ehren der Roten Armee gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals. 20 Millionen Sowjetbürger gegen die Nazibarbarei dürfen nicht umsonst gestorben sein. Aber Genossen, gerade das wird jetzt in Frage gestellt, seit fast zwei Jahren.

Wir begrüßten die Rote Armee in Afghanistan und sagten nach dem Abzug der Roten Armee: besser wäre es gewesen, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen, als jetzt in der Sowjetunion. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan Anfang 1989 hat den westlichen Imperialismus enorm ermutigt und den anschließenden Zusammenbruch der Sowjetmacht in Osteuropa vorbereitet. Dies hat zur Gründung eines mächtigen Vierten Reichs geführt, das Europa dominiert.

Aber es waren sowjetische Piloten, die am 8. Februar Njet sagten und damit verhinderten, daß deutsche Roland-Raketen in den Südosten der Türkei gebracht werden konnten. Ihre mutige Aktion war eine konkrete Maßnahme zur Verteidigung der Sowjetunion sowie des

Irak gegen den Imperialismus und damit eine Inspiration für die internationale Arbeiterklasse. Der imperialistische Sieg gegen den Irak bedeutet Völkermord an den Kurden und die Stärkung der imperialistischen Bourgeoisie, die versucht, die Sowjetunion ökonomisch zu unterminieren. Der Kampf gegen eine neue imperialistische Weltordnung — ob in den Farben des amerikanischen, des deutschen oder des japanischen Imperialismus — steht heute auf der Tagesordnung. Damit haben wir gewaltige Aufgaben vor uns und vielleicht nicht viel Zeit. Wir Trotzisten nennen uns selbst die Partei der Russischen Revolution, weil wir die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 verteidigen und ausweiten wollen. Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse war immer verbunden mit der Sowjetunion. Das Streben von Lenin und Trotzki war vom Beginn der Oktoberrevolution an, die Revolution auszuweiten und Hilfe zu erhalten durch die deutsche Revolution.

Stalinismus ist ein Produkt der nicht gelösten Aufgaben der internationalen Arbeiterrevolution, angefangen mit der deutschen Revolution 1923. Dies ermöglichte die Eroberung der Sowjetunion durch die Stalinisten, indem sie die Arbeiterdemokratie zerstörten und das nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“ aufstellten. Dies trug zehn Jahre später bei zur Kapitulation der von Stalin/Thälmann geführten KPD gegenüber den deutschen Faschisten. Dann folgte Stalins Volksfrontpolitik, bei welcher der proletarische Kampf um die Macht abgewürgt wurde zugunsten diplomatischer Bündnisse mit den Imperialisten.

Die Lehren zu ziehen aus der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands heißt für uns, eine kapitalistische Restauration der Sowjetunion nicht zuzulassen. Was die sogenannten Errungenschaften der Marktwirtschaft sind, bemerkt ihr täglich ebenso wie wir. In letzter Zeit häufen sich faschistische Angriffe auf sowjetische Bürger, ein Offizier in Rathenow und ein junger Soldat in Wittstock wurden brutal ermordet. Sowjetische Bürger berichten uns von Nazischmierereien in ihren Häusern und von Demolierungen ihrer Autos.

Jetzt haben wir in Deutschland 5 Millionen Arbeitslose, Abtreibungsverbot für Frauen, Schließung von Kinderkrippen und von Polikliniken. Der nationalistische Taumel von „Deutschland einig Vaterland“ setzt sich um in rassistischen Terror gegen Arbeiter aus Polen, Mosambik und Vietnam. Roma und Cinti werden vertrieben und sowjetische Juden sollen nach Israel abgeschoben werden.

Stoppt mörderische Nazi-Angriffe!

In den letzten Tagen gab es in Berlin und Umgebung massive faschistische Angriffe von mörderischen Nazi/Skinheadbanden. Der schlimmste Fall war der Angriff auf zwei sowjetische Touristen in der Straßenbahn in Berlin, wo Faschisten unter den Rufen „Ausländer raus“ mit einem Messer von hinten auf sie einstachen. Eines der Opfer ist lebensgefährlich verletzt und liegt jetzt auf der Intensivstation. Bei Königs-Wusterhausen griffen 40 Nazis sowjetische Soldaten und ihre Familien an. In Strausberg und am Müggelsee wurden Dutzende Menschen von dem braunen Pack geschlagen und verletzt. Weitere Nazi-Überfälle gab es in Köpenick und Weißensee. **Erinnert euch an die Treptower Massendemonstration gegen Nazis! Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft zu Arbeitereinheitsfront auf, um das braune Nazi-Pack zu zerschlagen. Solidarität mit den sowjetischen Genossen Soldaten!**

Wir in der Spartakist-Arbeiterpartei kämpfen für die politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie in der DDR zu stürzen, und gegen die kapitalistische Vereinigung von Deutschland. Diese Schlacht wurde verloren, aber der entscheidende Kampf wird in der Sowjetunion sein. Heute versuchen wir, Werktätige in Ost- und Westdeutschland dafür zu mobilisieren, daß sie gegen die katastrophalen Konsequenzen der kapitalistischen Restauration kämpfen. Tatsächlich gibt es die Arbeiterdemonstrationen in Leipzig und jetzt Streiks im Westen. Wir hoffen, daß das Echo dieser Kämpfe in der UdSSR gehört wird. Heute erzählen uns Freunde, daß die sowjetischen Werktätigen mehr interessiert sind an Brot, als über politische Revolution zu sprechen. Aber der einzige Weg, um die Brotversorgung zu sichern und Prosperität für die Massen zu erreichen, ist die politische Revolution der Arbeiter. Kapitalistische „Marktwirtschaft“ bringt Suppenküchen in Polen und Arbeitslosenschlangen in Deutschland.

Die stalinistische Bürokratie, und an ihrer Spitze Gorbatschow und Jelzin, bereiteten den Weg vor zur kapitalistischen Restauration in Deutschland, wie sie es heute tun in der Sowjetunion. Dies gilt auch für die sogenannten Patrioten, auch wenn sie sich vielleicht in der Zeitfrage unterscheiden.

Wenn wir heute von Arbeitermobilisierung gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus sprechen, dann deshalb, weil das Vorbild die Oktoberrevolution von 1917 ist, die mit zaristischen Pogromen an Juden Schluß machte, die Kapitalisten enteignete und eine Räteregierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern errichtete.

Wir unterstützen die Vision von Trotzki's Roter Armee. Die Marschälle Tuchatschewski, Blücher und ihre Kameraden kämpften für einen starken Sowjetstaat als eine Bastion der internationalen proletarischen Revolution. Ihr Ziel war es nicht, Sowjetrußland zu einer weiteren Weltmacht zu machen, die jahrzehntelang friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Mächten betreibt. Stalin versuchte, die internationalistischen Traditionen der Roten Armee dadurch auszulöschen, daß er Tuchatschewski, Blücher, Gamarnik (den brillanten jüdischen obersten Politkommissar) und die anderen roten Kommandeure aus dem Bürgerkrieg tötete, genauso wie er die überlebenden Führer der bolschewistischen Revolution tötete. Durch dieses Blutopfer für den „Frieden“ mit dem Imperialismus hat Stalin in verbrecherischer Weise

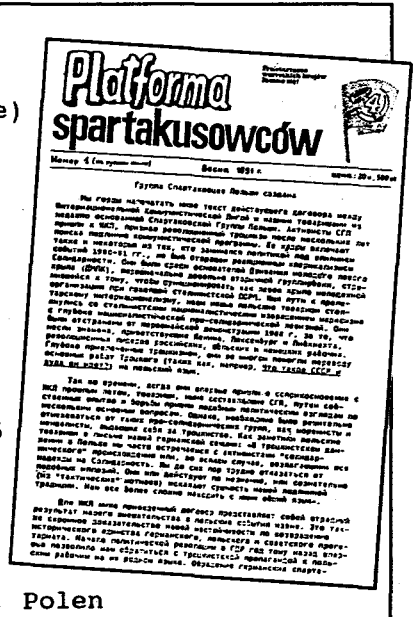
Fortgesetzt auf Seite 16

Platforma spartakusowców
 Номер 1
 (На русском языке)

Цена:
 20 копеек
 500 zł
 50 Pfennig

Наш адрес:
 SpAD
 Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51

Platforma spartakusowców
 Skr. 741
 50-900 Wroclaw 2, Polen



Rote Armee...

Fortsetzung von Seite 15

die Verteidigung der Sowjetunion sabotiert und Hitlers Überfall erheblich erleichtert. Und dann die stalinistische Lüge über den 8. Mai als Sieg der „Anti-Hitler-Koalition“, aber jeder hier weiß: es war die Rote Armee und nicht die imperialistischen Mächte von den USA bis Britannien.

Im gleichen Atemzug, als er die Komintern formal auflöste, nahm Stalin der Roten Armee den stolzen Namen weg, weil dieser Name für internationalistischen Kommunismus stand.

Heute ist die Sowjetarmee nicht die Armee Lenins und Trotzki, und es gibt hier Appelle an den großrussischen Chauvinismus, die dazu führen, den multinationalen Charakter der sowjetischen Armee zu unterminieren. Es gibt ethnische Blutfehden unter den Soldaten und zwischen Soldaten und Offizieren, und dies spielt eine große Rolle beim Anwachsen von pogromistischen „nationalen“ Milizen.

Nationalismus ist die Waffe des Feindes. Die UdSSR muß internationalistisch werden, oder es wird sie vielleicht nicht mehr geben. Die Existenz der Sowjetunion steht auf dem Spiel.

Soldaten und Offiziere des Militärs, die die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis verteidigen wollen, müssen sich die kommunistischen Internationalisten von Trotzki Roter Armee zum Vorbild nehmen, nicht die stalinistischen Verbrecher, die die Macht an sich rissen und die frühere revolutionäre Generation ermordeten.

Genossen, als proletarische Internationalisten wissen wir, daß die Bourgeoisie von Auschwitz gestoppt werden muß wie auch die Imperialisten von Washington bis Tokio. Dazu brauchen wir eine kommunistische Internationale, wie sie von Lenin und Trotzki bis 1924 geführt wurde. Die SpAD, als deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), kämpft hier für die Mobilisierung der Arbeiter gegen das Vierte Reich und seinen Rassismus und Antisemitismus! Für ein rotes Rätedeutschland, das sich bedingungslos verpflichtet zur Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Für die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiterklasse! Für Arbeitermobilisierungen gegen Chauvinismus, Pamjat und Antisemitismus! Für eine Regierung wie die von Lenin-Swerdlow, auf der Basis von Arbeiterdemokratie! Was wir brauchen in der Sowjetunion ist eine Partei im Geiste Lenins und Trotz-

kis, die kämpft für eine echte Sozialistische Union von Sowjetrepubliken! Vorwärts zur Vierten Internationale!

Rede des Genossen der Spartakusowska Grupa Polski

Ich kam hierher aus Polen. Vor zwei Tagen besuchten wir einige sowjetische Offiziere. Sie werden bald in die Sowjetunion zurückkehren. Jetzt nennt man sie „Besatzer“. Später wird man ihre leeren Wohnungen im Fernsehen zeigen, um den Antisowjetismus zu verschärfen. All dies geschieht unter einer Solidarność-Regierung.

Im Herbst 1981 rief die IKL, früher die internationale Spartacist Tendenz, zu Recht dazu auf: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ Damals unterstützte die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse die reaktionäre nationalistische und klerikale Bewegung, die in die Richtung ging, den Kapitalismus zu restaurieren. Es war das größte Verbrechen der stalinistischen Bürokratie, daß sich das polnische Proletariat, das historisch eng mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden war, nach zig Jahren bürokratischer Herrschaft hinter die Parolen des Kalten Krieges stellte, den der amerikanische Imperialismus gegen die UdSSR führte. In der Zeit ihrer Herrschaft tötete die Bürokratie die politische Aktivität des Proletariats und trieb es in die Arme der klerikalen Reaktion und des Imperialismus.

Wir Spartakisten ehren die 600 000 Soldaten der Roten Armee, die im Kampf für die Befreiung Polens von den Nazis starben. Die polnischen Trotzkiisten wollen die besten Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung wiedererwecken, im Kampf gegen den nationalen Chauvinismus. Diese Traditionen sind verkörpert durch Rosa Luxemburg, einer polnischen, jüdischen Kommunistin und Führerin des revolutionären deutschen Proletariats.

Heute löst sich in der Sowjetunion die Kreml-Bürokratie auf und polarisiert sich. Wie wir in *Workers Vanguard* geschrieben haben: „Auf der einen Seite gibt es die verhätschelten Kinder von Stalins Apparatschiks, die wie amerikanische oder deutsche Aufsteiger leben möchten. Diese Unterstützer des ‚freien Marktes‘ wollen die Fabriken, Bergwerke und Ölfelder, die durch den Schweiß und das Blut der Arbeiter aufgebaut wurden, an Wall Street und die Frankfurter Bankiers ausverkaufen und den Gewinn einstecken. Sie nennen sich ‚Demokraten‘.

Auf der anderen Seite gibt es die stalinistischen Apparatschiks, Militärs und KGB-Leute, die zu den Tagen zurückkehren wollen, als sie die Befehle gaben und jeder kuschte, als niemand ihr Recht auf eine Datscha in Frage stellte, auf eine ZIL-Limousine und die anderen Privilegien der herrschenden Kaste (die Nomenklatura). Sie appellieren jetzt an großrussischen Nationalismus und sogar an üble antisemitische Demagogie. Sie nennen sich ‚Patrioten‘.

Was bei der gegenwärtigen ideologischen Polarisierung fehlt, ist die sowjetische Arbeiterklasse. Obwohl die Oktoberrevolution aus dem politischen Bewußtsein der Massen verdrängt ist, sehen sie die wirklichen Errungenschaften des Oktober als garantiert an: das Recht auf Arbeit, billige Lebensmittel, subventionierten Wohnraum, kostenlose medizinische Versorgung und Schulen für ihre Kinder. Diese Errungenschaften werden aber von allen Flügeln der Bürokratie angegriffen.

Es ist möglich, daß beide Flügel sich vereinen im Kampf gegen die Arbeiter. Beide sind Feinde und Unterdrücker der Arbeiterklasse im Interesse des Weltkapitalismus. Die Arbeiterklasse muß die politische Macht in die eigenen Hände nehmen und die Gesellschaft in ihrem eigenen Interesse wiederaufbauen.“■

бюллетень
Спартакoвцев № 1

Пишите нам
для получения
дальнейшей
информации
и оформления
соответственной
оплаты в рублях

Цена: 50 копеек
или эквивалент
в другой валюте

50 Kopeken
DM 2,-
oder jede beliebige
andere Währung

Наш адрес:
SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Спартакoвец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19

Бюллетень Спартакoвцев **SPARTACIST**



Что такое Спартакoвцы?.....11 В защиту иерархии Троцкого.....40
 Интернационалистический проект.....12 Когда пролетариат советских терриций?.....41
 Почему иерархия советских солдат так важна?.....13 Почему иерархия СССР? Интернационалистическое военное оружие.....42
 Из Листа Троцкого

На переводной программе: «Политическая программа СССР и задачи переводной экономики».....52
 «Что такое СССР и куда он идет?» Глава V: «Советский терриций».....56

Снова на путь Ленина и Троцкого!

Small text at the bottom: SpAD Publishing Co. Box 1377 GPO New York NY 10116 USA ISSN 0049-1000 Volume 30 No. 1



Sygma

Bewaffnete imperialistische „Schutz“truppen zielen auf hungernde kurdische Flüchtlinge an türkisch-irakischer Grenze. NATO-Truppen raus!

Kurden...

Fortsetzung von Seite 1

gezogen hat, und die Regime, die vom Imperialismus abhängig sind, müssen zerschlagen werden. Aber die Führer des jüngsten kurdischen Aufstandes wie Talabani und Barsani setzen darauf, durch Bushs „Wüstensturm“ an die Macht getragen zu werden. Und jetzt verhandeln diese „Führer“ wieder in Bagdad mit dem Kurden-Schlächter Hussein über eine Schein-Autonomie.

Die NATO-Mächte beuten die verzweifelte Lage der kurdischen Flüchtlinge aus, in die sie sie erst gebracht haben, und stellen dies in obszöner Weise als „humane“ Hilfeleistung dar. *Die Zeit* (26. April) höhnt auf der Titelseite: „Während bei politischen Seminaren in New York und Berlin Mitglieder der westlichen Allianz sich noch immer in düsteren Betrachtungen über deutsche Unzuverlässigkeit und Drückebergerei beim Golfkrieg ergehen, werden in Bonn immer neue Hilfsaktionen für die Opfer dieses Krieges beschlossen.“

Hier geht es nicht um „Hilfsaktionen für die Opfer“, sondern um die Verteilung der Beute aus diesem blutigen Krieg, und das wiedervereinigte Deutsche Reich will dabei nicht leer ausgehen. Wie die *Süddeutsche Zeitung* vom 25. April schrieb: „Eine Brigade Luftlander im Iran wäre nichts anderes als ein *showpiece*, um gegenüber Washington zu demonstrieren, daß Bonn sich diesmal nicht drücken will.“ Wenn Außenminister Genscher auf die Karte des Nahen Ostens blickt, sieht er – frei nach Bismarck über Afrika – ein von der D-Mark dominiertes Europa, das dem militärischen Riesen USA gegenübersteht, der wirtschaftlich bankrott ist.

Die Flüchtlingslager, in denen jetzt Tausende von amerikanischen, britischen und französischen Soldaten patrouillieren, würden nichts weiter sein als Konzentrationslager oder ein Bantustan, um die kurdische Bevölkerung zu kontrollieren, selbst wenn sie später an UN-„Friedenstruppen“ übergeben werden. Das Weiße Haus

hat bereits seine Absicht klargestellt, die kurdischen Kämpfer zu unterdrücken, und die *taz* (2. Mai) berichtet: „Doch inzwischen lassen sie auf Wunsch der Alliierten ihre Waffen in den Bergen zurück.“ Die sogenannte Schutzzone hat nichts damit zu tun, die kurdische Bevölkerung zu schützen, sondern vielmehr damit, die Kurden und den Ölreichtum der Region zu kontrollieren. Wie ein UN-Flüchtlingsfunktionär sagte, wird die kurdische Bevölkerung das „Schlimmste der West Bank, des Gaza-Streifens und von Beirut“ durchmachen. Vielen kurdischen Flüchtlingen ist das klar, und sie würden lieber in den Bergen sterben oder sonstwohin gehen, als das NATO-KZ zu betreten.

Die zwölf Außenminister der EG haben beschlossen, die imperialistische Präsenz unter die blauen Helme einer „UN-Polizeitruppe“ zu stecken. Aber selbst der handzahme UN-Generalsekretär Perez de Cuellar beschwerte sich, daß die Einrichtung der „Schutzzone“ die irakische Souveränität verletzt. Und der sowjetische Wissenschaftler Kiwa Maidanik kommentierte: „Wir brauchen nur daran zu denken, was morgen mit Kuba geschehen könnte, und übermorgen vielleicht mit uns, der Sowjetunion“ (*taz*, 7. Mai).

Aber das ist es gerade, was die Imperialisten reizt. Genscher hat als Vertreter der Bourgeoisie von Auschwitz die Abhaltung eines „Nürnberger Prozesses“ gegen Saddam Hussein vorgeschlagen. Er hob die „historische Bedeutung“ der UN-Resolution hinsichtlich der irakischen Kurden hervor und trompetete: „Mißachtung der Menschenrechte ... kann nicht mehr als innere Angelegenheit eines Staates behandelt werden“. Genschers französischer Kollege Dumas wurde noch deutlicher, er trat für eine „Pflicht zur Einmischung“ ein.

Was deutsche „Einmischung“ bedeutet

Bonn will den Vorwand der Flüchtlingslager benutzen, um Bundeswehr-Truppen in den Irak und die Türkei zu

Fortgesetzt auf Seite 18

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Kurden...

Fortsetzung von Seite 17

schicken (wo sie nur ein paar Hundert Kilometer von der sowjetischen Grenze stehen würden). Die SPD war der Vorreiter dabei, die Kurden zu benutzen, um den Einfluß des deutschen Imperialismus als Weltmacht im Nahen Osten auszudehnen. Wie Freimut Duve, SPD-Mitglied im Auswärtigen Bundestagsausschuß, in der *taz* (5. April) schrieb: „Wenn es ein solches UNO-Kommando [im irakischen Kurdistan] schon gäbe, wäre dies auch die Stunde der Beteiligung deutscher Soldaten.“ Der Abgeordnete von Bündnis 90/Grüne, Gert Poppe, rief dazu auf, „das Embargo gegen den Irak solange aufrechterhalten, bis das Rückkehrrecht der Flüchtlinge unter dem Schutz von UNO-Sicherheitsstruppen durchgesetzt sei“ (*Süddeutsche Zeitung*, 18. April). Und die Abgeordneten der PDS/Linke Liste verlangten in einem Brief an Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth: „Schwerpunkt der deutschen Politik müsse es sein, ihren Einfluß vor allem auf die NATO-Partner USA und Türkei einzusetzen, um die bestehenden Konflikte der Region einer friedlichen Lösung zuzuführen...“ (*Neues Deutschland*, 6. April).

Die Anführer der deutsch-nationalistischen „Friedens“bewegung, SPD, Grüne und PDS, verlangten nur, „den Sanktionen eine Chance zu geben“, also die irakische Bevölkerung bis zur Unterwerfung auszuhungern, bis Infektionskrankheiten ihren Tribut fordern. „Kein deutsches Blut für Öl“, bitte, solange nur halbverhungerte Kinder und alte Leute an Durchfallerkrankungen wie Cholera sterben. Jetzt verlangen diese „Linken“, daß die UN-Sanktionen *aufrechterhalten bleiben*, um den Kurden zu „helfen“.

Wie der deutsche Imperialismus wirklich seinen „Einfluß für eine friedliche Lösung“ benutzt, wie es die deutschen Sozialchauvinisten der PDS verlangen, wurde kürzlich vom halbamtlichen Fernsehsender ARD in der Sendung „Monitor“ gezeigt. In den 80er Jahren stellte MBB Sonderanfertigungen von Kampfhubschraubern zur Bekämpfung von Partisanen und „zivilem Ungehorsam“ her, die Saddam Hussein zu Massakern an kurdischen Dörfern einsetzte, und nahm irakische Militärs zu mörderischen „Vorführungen“ ins irakische Kurdistan mit. Bonn pumpte 5 Milliarden DM in die türkische Armee und Polizei, die den über 12 Millionen Einwohnern Türkisch-Kurdistans eine grausame militärische Terrorherrschaft aufzwingen. Und das Terrorkommando des Bundesgrenzschutzes GSG 9 trainierte und drillte die berüchtigten SEF-Todesschwadronen des türkischen Militärs, die dort eingesetzt werden.

Es ist *diese* Armee, die jetzt Flüchtlinge aus dem irakischen Kurdistan niederschießt, wenn sie türkischen Boden betreten. Von den 60 000 kurdischen Flüchtlingen, die 1988 aus dem Irak in die Türkei flohen, leben heute nur noch 27 000. Ihre verzweifelte Lage wird in einem Bericht von Anwälten des türkischen Menschenrechtsvereins geschildert: „Hinter Stacheldraht, umgeben von schwerbewaffneten Armee-Einheiten, nahe am Verhungern, von Seuchen und Krankheiten heimgesucht und unter ständiger Androhung ihrer Auslieferung an den Irak, werden sie gehalten wie Kriegsgefangene. Die Zelte im Lager Kiziltepe sind zerfetzt. Übergriffe von Soldaten sind an der Tagesordnung... Die Mehrzahl der Kinder ist inzwischen gestorben“ (*Die Zeit*, 12. April).

Kurdische Linke mit den Kompradoren-Nationalisten

Die „Monitor“-Sendung gab auch einen Eindruck davon, wie das Vierte Reich die hier lebenden 400 000

Kurden und ihre Familien behandelt. So behauptet das Auswärtige Amt, daß die Kurden in der Türkei nicht als Gruppe verfolgt werden; somit können kurdische Asylsuchende systematisch in die türkischen Todeszellen abgeschoben werden. Da beim NATO-Partner Türkei Kurden nicht als „Volksgruppe“ anerkannt werden, wird auch in der BRD ihre Sprache nicht an öffentlichen Schulen unterrichtet, und sie kann auch nicht im Umgang mit Behörden und in rechtlichen Angelegenheiten benutzt werden. Kurdische Vornamen für kurdische Kinder werden in Deutschland nicht anerkannt, sie müssen statt dessen türkische Namen bekommen, die von Ankara abgesehen sind.

Der kurdischen Linken ist dies nichts Neues, aber trotzdem appellieren sie gerade an den deutschen Imperialismus, der sich als „Blauhelme“ der UNO verkleidet. Am 20. April, als Faschisten in mehreren Städten Deutschlands Überfälle verübten, um Hitlers Geburtstag zu „feiern“, demonstrierten KOMKAR und andere kurdische Organisationen in Köln zusammen mit der CDU und SPD. Ihre Politik ist es, an den Rechtsnachfolger von Hitlers Drittem Reich zu appellieren: „Stoppt den Völkermord!“

Diese Gruppen standen beiseite, als die USA und ihre NATO-Verbündeten unter dem Deckmantel der UNO Völkermord an den Völkern des Irak verübten. Im Gegensatz dazu hat die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga davor gewarnt, daß ein Sieg der US/NATO-Imperialisten eine historische Niederlage für die Werktätigen und Unterdrückten auf der ganzen Welt bedeuten würde. Deshalb haben wir gesagt: „Für die Niederlage des US-Imperialismus! Verteidigt den Irak!“ KOMKAR hat hingegen die internationale Aufmerksamkeit, die die Kurden als Konsequenz des US/NATO-Blitzkriegs gefunden haben, als „Blitzerfolge der kurdischen Bewegung“ bejubelt (*Informationsbulletin Kurdistan* Nr. 36, April).

Die iranisch-kurdische Organisation Rahe Kargar zeigte ein besseres Verständnis davon, worum es im Golfkrieg ging, als sie schrieb: „Die US-Kontrolle über ein Gebiet, das den Großteil der Ölversorgung Westeuropas und Japans abdeckt, ist wichtig, um weiterhin die Vorherrschaft der USA über ihre Verbündeten sicherzustellen und um eine ungerechte wirtschaftliche Ordnung zu errichten, die es ermöglicht, den Reichtum der Ölländer auszuplündern.“ Sie hat auch ansatzweise verstanden, daß der US/NATO-Krieg im Golf auch gegen die Sowjetunion gerichtet war und etwas mit der Krise des Stalinismus zu tun hatte; früher sei „solch ein riesiger Militäraufmarsch der USA in der Nähe der sowjetischen Grenze schwer vorstellbar gewesen“ (*International Rahe Kargar*, Februar 1991). Aber auch sie weigerten sich, eine klare Position zur Verteidigung des Irak gegen die USA/NATO einzunehmen. So landeten sie bei einer Position, die sich nicht von KOMKAR unterscheidet, und fordern die blutrünstigen imperialistischen Plünderer dazu auf, „durch diplomatische und friedliche Mittel; durch die Einberufung einer internationalen Konferenz“ die „Golfkrise“ zu lösen.

Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) dagegen schrieb: „Die einzig richtige Haltung, die alle diese Kräfte einnehmen können, ist, den imperialistischen Hegemonialkrieg mit den Befreiungskämpfen der Völker, den revolutionären Kämpfen zu beantworten. Der Widerstand des Saddam-Regimes gegen die USA verschafft entgegen seinen eigenen Zielen und Absichten den Befreiungskämpfen der Völker bessere Bedingungen.“ (*Kurdistan Report*, Februar/März)

Das klingt zwar gut, aber die PKK weigerte sich genau

so, eine Seite gegen das imperialistische Abschlagen im Irak zu beziehen. So schlossen sie Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei von einer Demonstration in Berlin wegen unserer Position zur Verteidigung des Irak gegen die Imperialisten aus.

Die PKK, die in Deutschland einen gewissen Anhang bei kurdischen Arbeitern hat, hat als einzige linke Gruppe bei den landlosen Bauern im türkischen Teil Kurdistans so etwas wie eine Massenbasis, wo ihr der Guerillakrieg gegen die verhaßte Armee der Özal-Diktatur und ihre Kampagne von Landbesetzungen eine beträchtliche Autorität eingebracht hat. Sie ist die einzige kurdische nationalistische Gruppe, die nicht einfach vor den Imperialisten im Nahen Osten gekrochen ist. So steht die PKK auch im Mittelpunkt einer brutalen Hexenjagd, die das Vierte Reich gegen kurdische und andere Linke aus dem Nahen Osten führt (siehe „Freiheit für die PKK“, auf Seite 8 in dieser Ausgabe).

Aber ihr Terrorismus richtete sich nicht nur gegen den Klassenfeind, sondern auch gegen linke Opponenten und gegen Dissidenten in ihrer eigenen Partei und gegen ganze kurdische Dörfer. Die PKK vertritt einen beschränkten *türkisch-kurdischen* Nationalismus; sie glaubt wirklich an die „Nichteinmischung“ in die Politik der kurdischen Bewegungen in anderen Ländern. So schweigt die PKK über die Behandlung von Minderheiten besonders in Syrien und dem von Syrien besetzten Teil Libanons, weil General Assad ihnen Basislager zur Verfügung stellt. Im Irak hat sie sich mit der Kurdischen Demokratischen Partei unter der Führung des feudalen Großgrundbesitzer-Clans der Barsanis verbündet, die in der Vergangenheit vom Schah, der CIA und dem Mossad finanziert worden sind, und die derzeit die Unterstützung der persischen chauvinistischen Ajatollahs haben, die selber die iranischen Kurden verfolgen.

Der Barsani-Clan ist im Augenblick mit seinen Rivalen, den Talabanis, in einer „Kurdischen Front“ verbunden, die noch in dem Glauben gegründet wurde, daß Bushs „Wüstensturm“ ihnen die Macht zutreiben würde. Und deshalb hat jetzt die PKK die „Nationale Front“ unter „Vorsitz des Genossen Celal Talabani“ in die Arme geschlossen. Sie beklagten sich nur bitter darüber, daß Talabani sich in ihr Revier „eingemischt“ hat, als er in Ankara mit Özal geheime Abmachungen traf über eine sogenannte „Autonomie“ für türkische Kurden. Aber die PKK hat ihren eigenen utopischen Plan für einen „Waffenstillstand“ mit den Schlächtern aus Ankara.

Der Stalinismus mag in ganz Osteuropa und der Sowjetunion zusammenbrechen, aber die PKK hängt immer noch am stalinistischen Dogma der „Revolution in Etappen“. Deshalb charakterisiert sie die Diktatur Özals als „faschistisch“, um eine klassenkollaborationistische Volksfront mit der bürgerlichen Opposition aufzubauen; dafür haben sie sogar ihre eigene „Nationale Befreiungsfront Kurdistan“ (ERNK) gegründet. Sie haben kein Konzept einer vereinigten leninistischen proletarischen Avantgardepartei, die den Kampf für die nationale Befreiung Kurdistans mit dem Kampf des türkischen und kurdischen Proletariats im Westen der Türkei und mit dem Kampf der Werktätigen in Iran, Irak und Syrien verbindet. Wenn sie sich auch selber für „Marxisten-Leninisten“ halten, ähneln sie doch viel eher den russischen Narodniki, die Lenin aufs schärfste politisch bekämpfte, aus deren Reihen er aber auch viele gute Kommunisten gewann, um die bolschewistische Partei aufzubauen.

Als die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands vor kurzem an einer Demonstration teilnehmen wollte, zu



Spartakist

Berlin, 20. April: Organisatoren der Demo „gegen Völkermord“ appellieren an imperialistische Völkermörder und reißen deshalb Spartakist-Plakat für Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan runter

der kurdische Organisationen in Berlin aufgerufen hatten, angekündigt als Protest gegen den Völkermord im Irak, wurden unsere Genossen ausgeschlossen, weil wir ein Plakat trugen mit der Forderung: „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“. Und das sogar, obwohl ein kurdischer Aktivist das Plakat ergriff, hochhielt und erklärte: „Ich bin stolz darauf, es zu tragen, denn ich bin ein Kommunist.“ Aber die Organisatoren dieser Demonstration waren mehr daran interessiert, Appelle an Reichskanzler Kohl und Bush zu richten, als sich an die Werktätigen und Unterdrückten des Nahen Ostens zu wenden.

Seit diesem Ausschluß hat es einige Kontroversen und Äußerungen des Bedauerns von kurdischen Linken gegeben, die wissen, daß die Genossen der SpAD unerschütterlich für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten kämpfen, gegen faschistischen Terror und offiziellen staatlichen Rassismus. So initiierte das Komitee für soziale Verteidigung in Berlin eine Einheitsfrontdemonstration gegen den rassistischen Maulkorberlaß des Innensensors für Menschen aus dem Nahen Osten.

Es ist wichtig, zu erkennen, daß die imperialistische Vorherrschaft und Ausbeutung des Nahen Ostens auf Kompradoren-Regimes und der Zerstreuung und Unterdrückung der Kurden und Palästinenser beruht. Die PKK verleugnet aber das Selbstbestimmungsrecht für das hebräischsprachige Volk. Aber eine wirklich demokratische Lösung für die Palästinenser erfordert es, daß das zionistische Israel von *innen* her besiegt wird durch eine revolutionäre Allianz der unterdrückten palästinensischen Werktätigen mit einem Teil des hebräischen Proletariats.

Das stark sozialistisch orientierte kurdische Proletariat lebt zum größten Teil in der Diaspora. Sie nehmen vor allem in der deutschen Arbeiterbewegung einen strategischen Platz ein und können daher eine Schlüsselrolle spielen, besonders als Teil einer revolutionären Avantgardepartei, und den Kampf für die nationale und soziale Befreiung des Nahen Ostens in die imperialistischen Zentren tragen. Für proletarische Revolution von Ankara und Tel Aviv bis Bagdad und Teheran! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens! ■

Ernest Mandels „Vereinigtes Sekretariat“: Kapitulation „in Permanenz“

Am Wochenende des 27./28. April fand in Köln eine „Zentrale Delegiertenkonferenz“ (ZDK) der VSP („Vereinigte Sozialistische Partei“) statt. Während die realen Fragen wie der Kampf gegen die Verelendung der ost-deutschen Arbeiterklasse und die Ambitionen des erstarkten deutschen Imperialismus keine Rolle spielten, quälte sich die Konferenz durch die Frage, ob Politik Spaß macht und ob man ein Frauen-ZK haben sollte, wenn es eh nichts zu sagen hat.



Spartakist

Ernest Mandel mit seinem Genossen Jakob Moneta, lange Jahre Sprachrohr der IG-Metall-Bürokratie, jetzt im PDS-Vorstand

Die VSP entstand vor vier Jahren aus der Fusion von Mandels Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und ratlosen Ex-Maostalinisten von der antisowjetischen KPD/ML, die mit dem Niedergang der maoistischen Organisationen Ende der 70er Jahre im Lager der offenen NATO-Unterstützer gelandet waren. Von Anfang an wiesen wir auf den antisowjetischen Charakter dieser „Vereinigung“ hin, die nur unter Ausklammerung aller zentralen politischen Fragen möglich war. Tabu waren: die trotzkistische Position der Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und Konterrevolution, besonders was die DDR betraf, und natürlich Trotzki und die Vierte Internationale. Dies markierte die Rechtswende der ehemaligen VS-Sektion GIM, die mit dem Auflodern des neuen Kalten Kriegs eingeleitet worden war.

Trotzkismus bedeutete nicht nur eine systematische Kritik und Analyse der Ereignisse in der Sowjetunion seit 1924, sondern war auch die Verkörperung des revolutionären *Programms* der Bolschewiki Lenins. Mit ihren geringen Kräften kämpften die Trotzkisten dafür, die sozialistische Weltrevolution zu bewahren und voranzutreiben. Trotzki's Kampf für eine neue, revolutionäre kommunistische Internationale erforderte scharfe Polemiken gegen verschiedene Strömungen — viele waren vom Trotzkismus angezogen aufgrund ihrer eigenen Schwierigkeiten mit den Stalinisten und Sozialdemokraten, ohne in der Lage zu sein, aus ihrem Mißtrauen gegenüber den beiden Massenparteien der damaligen Arbeiterbewegung revolutionäre Konsequenzen zu ziehen.

Seitdem haben diverse zentristische Hochstapler den Namen des Trotzkismus mit einer Politik gefüllt, die

Heute steht die VSP wieder vor einer Spaltung. Und — große Überraschung — es sind die alten Fragen, die die Organisation zerreißen: die Russische Frage, konkret die Konterrevolution in der DDR. Die Mehrheit würde zur Feier der deutschen Einheit am liebsten Champagner entkorken und sieht jede Erwähnung von „revolutionärer Partei“ und „Internationale“ als Provokation an. Darin unterscheidet sie sich nicht von der Matti-Fraktion in Mandels französischer Parade-Sektion LCR, der die „deutsche Selbstbestimmung“ über alles ging.

Auf der Konferenz rief der ehemalige Redakteur der IG-Metall-Zeitung und langjährige VS-Unterstützer Jakob Moneta dazu auf, seinem Beispiel zu folgen und in die PDS einzutreten, um Gysi zu helfen, das revolutionäre Programm zu finden. Im Ernst. Winnie Wolf („Kein deutsches Blut für Öl“) bekannte, daß er bei seiner begeisterten Unterstützung von Solidarność in Polen die jetzige reaktionäre Entwicklung nicht vorhersah. Wer würde jemandem mit solch gestörtem Wahrnehmungsvermögen folgen? Es ist kein Wunder, daß Jakob Moneta und Teile der Gruppe Revolutionäre SozialistInnen (GRS), die exklusiv für die Arbeit in Ostdeutschland gegründet wurde, den Weg in die PDS fanden, nachdem diese sich für „Deutschland, einig Vaterland“ ausgesprochen hatte.

Mandel behauptet zwar, daß seine deutschen Genossen gegen die kapitalistische Wiedervereinigung waren, aber in der Realität waren seine mit den antisowjetischen Maoisten vereinigten Anhänger weggetaucht oder unterstützten wahlweise die Vereinigte Linke und später die PDS. Manuel Kellner, der jetzt für die Minderheits-Plattform in der VSP auftritt, forderte in *Inprekorr*, Mai 1990, einen „Bevölkerungsentscheid zur Wiedervereinigung“ und schrieb: „Wir wollen wirkliches Selbstbestimmungsrecht, welches die fünf Millionen in der BRD lebenden Einwanderinnen und Einwanderer einschließt, denen keinerlei Mitentscheidungsrecht eingeräumt wird.“ Die Immigranten, denen Kellner großzügig „Mitentscheidungsrecht“ bei der Schaffung des Vierten Reichs einräumt, werden sich fragen, was ihnen das „Selbstbestimmungsrecht“ des deutschen Imperialismus brachte.

Für alle, die genug haben von prinzipienlosen Blöcken und ewiger Kapitulation und die eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse aufbauen wollen, drucken wir hier das Flugblatt ab, das wir auf der VSP-Konferenz verteilt haben.

durch ihre eigenen Schwankungen und durch Kapitulationen vor den verräterischen Irreführern der werktätigen Massen bestimmt ist. Von allen Bewohnern dieses Sumpfes ist der Führer des Vereinigten Sekretariats (VS) Ernest Mandel sicherlich der vielseitigste, was seine Anpassung an andere „revolutionäre“ Führungen und fremde Klassenkräfte angeht.

Auf den erneuerten Antisowjetismus der Imperialisten reagierten die Mandelianer mit einer prompten Kehrtwendung weg von ihrer früheren prostalinistischen Bewunderung — die sogar die Entschuldigung für den Mord an vietnamesischen Trotzkisten einschloß. Sie liefen den Eurokommunisten nach und verteidigten prowestliche sowjetische „Dissidenten“ im Namen einer „sozialistischen“ Demokratie. Die „Sozialisten“, denen sie nachrannten, waren die NATO-Sozialdemokraten, insbesondere Mitter-

rands erbittert antikommunistische Volksfrontregierung in Frankreich, zu deren Wahl das VS seit der Gründung der Union der Linken 1972 aufgerufen hat.

Die Slogans von gestern, „Ho, Ho, Ho Tschì Minh“, wurden durch „Solidarität mit Solidarność“ ersetzt, als sich die Mandelianer in die Frontlinie der Kalten-Kriegs-Sozialdemokratie zur Unterstützung der Konterrevolution in Polen einreihen. Mandel nannte Solidarność „die besten Sozialisten der Welt“ und bejubelte die „trotzkistischen“ Berater von Walesa, wie Jacek Kuron. Gegen Ende der 80er Jahre verkündigte Mandel jedoch, er hätte seinen „letzten Brief“ an Kuron geschrieben, der inzwischen als Minister für Arbeit in der Solidarność-Regierung diene und aus dieser Position heraus die Kämpfe der polnischen Arbeiter gegen die brutale Austeritätspolitik und klerikale Reaktion unterdrückte, Teil des Solidarność-Programms für kapitalistische Restauration.

Auf einer Versammlung in Montreal im Oktober 1989 erklärte Mandel: „Ich spreche nicht mit Ministern“ (wir müssen annehmen, daß er auch nicht mit einem führenden Mitglied des VS spricht, das vor kurzem im Schweizer Kanton Zug in einem gemeinsamen Wahlkampf mit den Grünen zum Minister für Justiz und Polizei gewählt wurde). Aber warum will Mandel nicht mit Kuron sprechen? Er hat auch die Verbindungen zu Peter Uhl nicht abgebrochen, der ein Mitglied der kapitalistisch-restaurativen Regierung Vaclav Havels in der CSFR ist. Was ist also schlecht an Kuron, der als Minister für Arbeit in einer Solidarność-Regierung gerade ein Anliegen vollendet, das das VS ein Jahrzehnt lang verfochten hat?

Die Antwort ist: Das war damals, und heute ist heute. In der opportunistischen Vorgehensweise, die das VS immer geleitet hat, gibt es keine Vergangenheit – die gesamte Weltgeschichte wird auf das reduziert, was gerade ihre momentane Linie ist. Zur Abdeckung ihrer zurückliegenden Verbrechen und Untaten benutzen sie den immer passenden Titel einer „neuen Weltrealität“.

Mandel hat seine Zukunft hinter sich

In diesen Tagen versucht Mandel, sich mit der „Pestroika“-Intelligenzia in der Sowjetunion zu arrangieren. In Deutschland hat er ähnliche Appetite gegenüber den sozialdemokratischen Überbleibsel des früheren stalinistischen Regimes in der DDR, die jetzt unter dem Namen PDS firmieren.

Dies ist einfach die Fortsetzung der Politik, die die Mandelianer gegenüber den Ereignissen im ehemaligen Arbeiterstaat DDR verfolgten, nachdem das Honecker-Regime zusammenbrach. Unter der Behauptung, sich gegen „jegliche kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands“ zu stellen, rief Mandel nach einer „politisch fähigen Avantgarde“, um „den Weg für den Sieg und die Konsolidierung der politischen Revolution zu öffnen“. Die „Avantgarde“, die er unterstützte, war die Vereinigte Linke – einer der diversen linken Satelliten der PDS, die vor dem Ansturm auf die kapitalistische Wiedervereinigung kapitulierte und den Volksfront-Traum verkaufte, daß die Wiedervereinigung ein „menschliches Antlitz“ haben könne.

Die Internationale Kommunistische Liga war die einzige Organisation, die mit allen Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und für eine politische Revolution gegen die stalinistischen Irreführer kämpfte. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpfte gegen eine Flut von imperialistischen Lügen, als die westdeutschen Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Lakaien eine wütende Kampagne entfachten, die DDR in die Wiedervereinigung zu treiben. Unsere Warnungen über die Konsequenzen des Anschlusses wurden

von den Stalinisten, den Sozialdemokraten und ihrer Gefolgschaft als Unsinn abgetan. Jetzt sind die schlimmsten Voraussagen wahr geworden, und mehr als 50 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung bereuen offen ihre Unterstützung für die Wiedervereinigung.

Jetzt, wo die westdeutschen Imperialisten die Wirtschaft in Ostdeutschland vollständig abwickeln und in ein Hinterland für die Expansion des Vierten Reichs verwandeln, erklären die Mandelianer, daß dies „die Richtigkeit unseres entschlossenen Widerstands gegen die kapitalistische deutsche Wiedervereinigung“ bestätigt! Diese völlige Schamlosigkeit ist nichts neues. Angesichts des Arbeiteraufstands vom 17. Juni 1953 gegen die stalinistische Bürokratie in der DDR rief Mandel diese Bürokratie zur Selbstreform auf. Jetzt geht es zurück in die Zukunft, wo die Mandelianer in die PDS kriechen, zu den ausgebrannten Überresten der früheren stalinistischen Bürokratie.

Mandels Kinder suchen ihn heim

Mandel mag in der Lage sein, seine Karriere als vielgesichtiger Opportunist fortzuführen – etwa wie ein Grippe-Stamm, der sich durch dauernde Mutationen dem Druck seiner Umgebung anpaßt. Aber für einen bedeutenden Teil der VS-Kader und Mitglieder, die von Mandel im letzten Jahrzehnt in der Kapitulation vor der Kalten-Kriegs-Sozialdemokratie geschult wurde, scheint die Maske einfach in das Gesicht eingewachsen zu sein.

Als die Berliner Mauer fiel und das Honecker-Regime zusammenbrach, stellte sich ein ganzer Flügel des VS offen auf die Seite der kapitalistischen Konterrevolution, im Namen der „Selbstbestimmung“ für die „deutsche Nation“! Im Dezember 1989 stimmten volle 25 Prozent der ZK-Mitglieder der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire – der arg angekratzten früheren Vorzeigesektion des VS – für eine Erklärung, die im wesentlichen feststellte, daß „das Recht auf die deutsche Einheit bedingungslos gilt“.

Obwohl Mandel erklärte, daß der Aufruf für die „bedingungslose Wiedervereinigung Deutschlands“ eine „völlig reaktionäre Position“ darstellte, war das für ihn kein Grund, sich von den Vertretern dieser Position im VS zu trennen. Warum sollte er auch? Die Erhebung des „Selbstbestimmungsrechts“ über alle proletarischen Klassenprinzipien, besonders wenn es um die Errungenschaften der Oktoberrevolution geht, ist eine seit langem gepflegte Position des VS. Die Bewunderung der Man-

Fortgesetzt auf Seite 22

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (16 Ausgaben): DM 10,-
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe) und
die Broschüre „Marktsozialismus“ in Osteuropa
Einführungssabo (5 Ausgaben): DM 3,-
enthält *Spartakist* Nr. 77 (Wahlprogramm)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 88

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601

Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Mandel...

Fortsetzung von Seite 21

delianer für die baltischen Nationalisten, die unter dem Deckmantel der „Unabhängigkeit“ die brutale kapitalistische Restauration ansteuern, geht so weit, daß das VS einen Artikel in seiner Zeitschrift *International Viewpoint* (18. September 1989) druckte, der die estnischen Nazis, die „Waldbrüder“, als „Freiheitskämpfer“ im „Kampf gegen den Stalinismus“ verherrlicht!

Mittlerweile spricht der französische VS-Führer Gérard Filoche alias Matti, der ursprüngliche Autor des Aufrufs zur bedingungslosen Wiedervereinigung Deutschlands, Gebete am Grab von Karl Kautsky. In einem Artikel mit der Überschrift „Champagner und Demokratie“, abgedruckt in Pierre Broués Zeitschrift *Le Marxisme Aujourd'hui* (März 1991) feiert Filoche die Ereignisse in Osteuropa und fordert, daß die früheren stalinistischen Herrscher vor Gericht gestellt werden „wie die Nazis in Nürnberg“! Filoche verhöhnt das trotzkistische Programm der politischen Revolution als „idealistisches und ultralinkes Schema“ und fordert einen „Kampf bis zum Sieg“ gegen den Stalinismus, „so daß die Demokratie sich ausbreiten und auf der ganzen Welt herrschen kann als Vorbedingung für jegliche sozialistische Revolution“!

Und dann gibt es noch den Fall von Alan Benjamin, ehemaliger Redakteur der amerikanischen Zeitung *Socialist Action*. In seinem Freudentaumel über die deutsche „Einheit“ bezeichnete Benjamin die sowjetischen Truppen als Armee der „imperialistischen“ Besatzung! (siehe *Socialist Action*, Mai 1990, wo Benjamin erklärt, daß die deutsche Arbeiterklasse „der Besatzung von vier imperialistischen Armeen unterworfen war“). Benjamin und seine Anhänger wurden kürzlich von *Socialist Action* ausgeschlossen. Nicht wegen ihrer Politik, sondern weil sie an einer Konferenz von Pierre Lambert in Barcelona teilnahmen. Kein Wunder, daß sich Benjamin zu Lamberts Organisation hingezogen fühlt. Die Lambertisten setzen Stalinismus und Imperialismus als Feinde der Arbeiterklasse gleich – in absolutem Gegensatz zu Trotzki's Analyse der stalinistischen Bürokratie als eine unbeständige und widersprüchliche Kaste, deren Herrschaft gleichzeitig von den kollektivierten, proletarischen Eigentumsformen abhängt, wie sie das Ergebnis des Drucks des Weltimperialismus ist und ihn widerspiegelt.

Für die Wiedergeburt von Trotzki's Vierter Internationale!

Wegen des Zusammenbruchs der stalinistischen Herrschaft in Osteuropa und ihrem beschleunigten Zerfall in

der Sowjetunion schreien die Imperialisten über den „Tod des Kommunismus“. Der „Theoretiker“ im State Department trieb es weiter und erklärte „das Ende der Geschichte“. Dieses Jahr fing mit dem Krieg im Persischen Golf an, in dem die Imperialisten den Tod auf die irakische Bevölkerung regnen ließen – ein imperialistisches Abenteuer, wie es aus jedem klassischen marxistischen Lehrbuch über das Funktionieren des kapitalistischen Systems hätte stammen können.

In Deutschland hat die Vereinigte Sozialistische Partei (mit Maoisten der KPD/ML fusioniertes Überbleibsel der deutschen VS-Sektion) versucht, sich während des Golfkriegs als bester Vertreter der nationalistischen „Friedens“bewegung zu profilieren, unter der Losung: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg“, und: „Keine deutschen Soldaten an den Golf“. Damit sprachen sie solchen „Anti-imperialisten“ wie Reichskanzler Kohl aus dem Herzen, der genauso gut begriff, daß der imperialistische Krieg gegen den Irak ein Kampf um die US-Vorherrschaft der Welt war und damit letztlich auch gegen den imperialistischen Konkurrenten Deutschland gerichtet. Um alle Zweifel auszuräumen, daß die VSPLer wirklich von enthusiastischen Anhängern der „arabischen Revolution“ zu loyalen Kritikern der imperialistischen „Demokratien“ geworden sind, ließen sie keine Gelegenheit aus, um zu beteuern, daß es ihnen „nicht um eine Parteinahme für Saddam Hussein geht“. Damit meinten sie nicht politische Unterstützung, sondern ihre Weigerung, im Irakkrieg militärisch Seite gegen die Imperialisten zu beziehen. Wirkliche Trotzkiisten dagegen kämpften für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten und verteidigten deshalb den Irak.

Solange das System von kapitalistischer Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg die Welt beherrscht, wird der Klassenkampf weitergehen. Der Kampf für die Errichtung einer auf Vernunft basierenden, egalitären sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Klassenherrschaft des Proletariats wird immer notwendiger für das Überleben der Menschheit. Vor fünfzig Jahren, im Schatten des heraufziehenden zweiten imperialistischen Krieges, bemerkte Trotzki mit wachsender Eindringlichkeit, daß die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Weltrevolution überreif sind, aber daß zur Zertrümmerung des dekadenten Imperialismus die authentisch revolutionäre Führung an der Spitze des Proletariats fehlt.

Trotzki beharrte auf der Notwendigkeit „einer Partei, einer Partei, und nochmals einer Partei“; dies ist nur noch dringender geworden. Doch es ist genau die Schmiebung von trotzkistischen Parteien, die Ernest Mandel ein Leben lang an andere „Führungen“ verraten hat. ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Telefon: Westberlin 4 92 78 66

Halle

SpAD, Comcenter, Raum 30
Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Telefon: (0 40) 32 36 44

Leipzig

M. Scharsig
Postlagernd
Leipzig 7022

Rostock

SpAD
Postfach 9001
2500 Rostock 1

Torgelow

SpAD
Postlagernd
Torgelow 2110
Telefon: Torgelow 26 63

Veranstaltung der SpAD in Halle

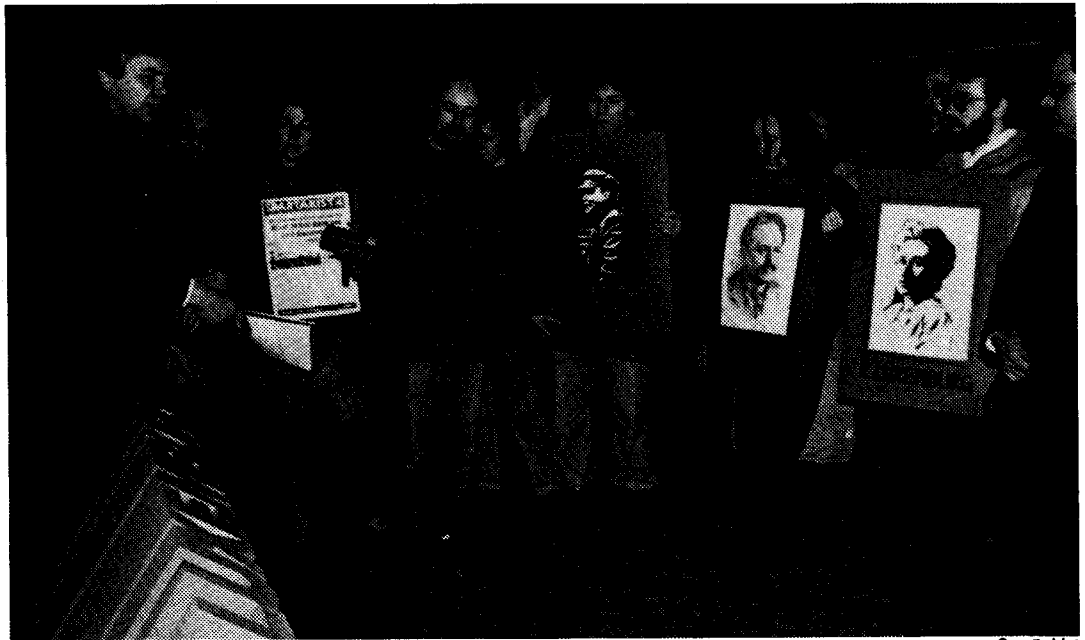
Imperialistische „Neue Weltordnung“ – Schritt zum neuen Weltkrieg

Sprecher: Jan Norden, Herausgeber von
Workers Vanguard, Zeitung der SL/U.S.
Samstag, 18. Mai, 16.30 Uhr
Comcenter Halle, Raum 717, Leninallee 70

Spartakist-Treffpunkte

Berlin Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstraße 6, 1000 Berlin 65
U-Bahn Nauener Platz

Halle Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr
Comcenter, Raum 30, Leninallee 70, Halle 4020
Telefon: Halle 2 90 55



Spartakist

Berlin, Januar 1989:
Rosa-Luxemburg-
Mahnmal am
Landwehrkanal.
Renate Dahlhaus
(3. von links) und
Michael Philippsen
(4. von links),
angeklagte
Antifaschisten

Liste von bisherigen Unterstützern der Antifaschisten von Moabit

Die Unterzeichner fordern die Einstellung aller aufgrund der Republikaner-Provokation vom 14. Januar 1989 eingeleiteten Verfahren bzw. die Aufhebung der Strafbefehle und die Rücknahme aller Anklagen gegen die Antifaschisten. Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit den Erklärungen des Komitees übereinstimmen.

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist und politischer Gefangener in der Todeszelle, Huntingdon, USA; Volker Alberti, VVN-BdA*, Hamburg; Jörg Alpers, Hamburg; Antifaschistisches Plenum Saar, Saarbrücken; Inge Arft, GAL*, Hamburg; Didier-Daniel Auroi, Lehrer und Gewerkschafter, Frankreich; Otto Baldur, IGM*, Eckernförde; Hartmut Bangsow, Sprecher der Antifa e.V., Rostock; Ulrich Behr, ÖTV*, Frankfurt; Stefan Behrens, Hamburg; Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Hamburg; Giovanni Bertolini, Sekretär des Centro Culturale Concerto Marchesi*, Milano, Italien; Roswitha Bethge, Hamburg; Blamu-Jatz-Orchestrieron, Weimar; Gianni Bombaci, CGIL-Gewerkschaftssekretär*, Milano, Italien; Wolfgang Brauer, Hamburg; Lutz Brütt, DKP*, Hamburg; Rolf Burgard, Landessekretär VVN-BdA*, Hamburg; Luigi Cipriani, Abgeordneter der Democrazia Proletaria*, Italien; Comité de défense sociale (CDDS), Frankreich; Annette Cremmeu, SNESUP*, Frankreich; CUT-Chile, Hamburg; DDR-Komitee für Menschenrechte; Dr. Peter Degkwitz, DKP-Bezirksvorstand Hamburg*; Demokratische Frauenorganisation Irans, Hamburg; Devrimci İnci Hamburg; Jutta Dittfurth, Die Grünen*; Ernst Duschinski, IGM*, VVN-BdA*, Gesellschaft BRD-CCCP*, München; Kiel; Thomas Ebermann, Hamburg; Gertrud Ehrenreich, SPD-OV-Vorsitzende Ehdorf*; Hans-Jürgen Eisermann, Stellvertretender OV-Vorsitzender der DPG Kiel*, Achterwehr; Gisela Eisner, P.E.N.-Club*, Schriftstellerverband*, München; Fahimeh Farsale, Schriftstellerin, Köln; Frente Patriótico Manuel Rodriguez, Hamburg; Wolfgang Gehrcke, Hamburg; Adrian Geiges, Journalist, Dortmund; Hermann L. Gremliza, Herausgeber Konkret, Hamburg; Michael Grill, Hamburg; Franco Grisolia, Nationaler Vorstand Democrazia Proletaria*, Nationalkomitee der CGIL*, Italien; Grün-Alternative Liste (GAL) Mitgliederversammlung, Hamburg; Grün-Alternative Liste (GAL) Universität Göttingen; Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt, Österreich; Zihni Gülgün, DGB-Kreisvorstandsmitglied Flensburg*; Rudolf Haase, PDS*, Luckenwalde; Frank Haferburg, Vorsitzender der Basisorganisation PDS Luckenwalde*; Eric-Holger Haniach, IGM*, BR*, VKL Philips GmbH Hamburg*; Heige Harms, DAG-Gewerkschaftssekretär*, Hamburg; Dr. Ludger Held, Dozent am Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte*, Duisburg; Andreas Hertel, Frankfurt; Jockl Hoffmann, ÖTV*, Hamburg; Infobüro für gefangene, Hamburg; Info-Büro zum Hungerstreik, Hamburg; Kay Iversen, IGM*, VKL Stock Guss GmbH*, Neumünster; Matthias Jank, Vorsitzender der Schiedskommission der PDS Luckenwalde*; Johanna Jawinski, Antifa-Bund Rostock*; Hanno Jensen, IGM-Vertrauensmann*, Süderbrarup; Kamerun Komitee e.V., Hamburg; Alex Kanne, Hamburg; Serge Klarsfeld, Frankreich; Kollektiv des Buchladen Gegenwind, Hamburg; Komitee für soziale Verteidigung (Kfsv); Igor Kondracheff, Frankreich; Marlene Koppe, Mitglied der Deputation für Bildung der SPD Bremen*; Jürgen Körösi, IGM*, BR Sauer*, Hohenwestedt; Joachim Kroll, DKP*, Hamburg; Anja Kuhr, GAL*, ehemaliges Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Küreki, ÖTV*, Flensburg; Ali Kurtuldu, IGM*, BR Hauni Bergedorf*, Hamburg; Antje Lange, Neuenhagen; Matthias B. Lauer, SoDZDL*, Neunkirchen; Dr. Gerda Lederer, Hamburg; Adi Loose, SPD*, Neumünster; Lutte Ouvrière, Frankreich; Holger Lüttich, Intern. Sekretariat, Prov. Komitee für eine revolutionäre Jugendinternationale, deutsche Sektion*; Ernest Mandel, Belgien; Michael Martensen, IGM-OJA Hamburg*; Noel Matoff, Fotografin, Hamburg; Peter Mecklenburg, Referent für Justiz und Inneres der GAL-Fraktion Hamburg*; Eliseo Morales, Frankfurt; Joseph Moshe, Hamburg; Farzad Narimany, Komitee gegen den Golfkrieg*, Hamburg; Angelika Noack, Hamburg; Joachim Nowock, Hamburg; Willy van Ooyen, Arbeitsausschuß der DFU*, Frankfurt; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Tina Pahl, Frankfurt; Holger Pape, ÖTV*, Hamburg; Peggy Parnass, Schriftstellerin, Hamburg; Partisan Defense Committee (PDC), USA; PDS, AG Junge Genossen Luckenwalde; PDS-Kreisorganisation Fürstenwalde; Volker Peters, IGM*, BR NVBM*, Neumünster; Klaus

Petersen, DGB*, VKL*, Flensburg; Harro Pusch, GAL-Hamburg*; Maria Radl, Köln; Kai Reiflin, Vorsitzender der VVN Altona*; Sonja Reimer, Hamburg; Kurt Reinhold, Hamburg; Angelika Reuter, VVN*, GEW*, RCU*, Hamburg; Revolutionär Kommunistische Liga (rkl), Österreich; Augusto Rocchi, Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM/CGIL Milano*, Italien; Günther Rohr, Ortsbeirat der Grünen in Rodgau 1*; Frank Rupertus, Bülbingen; Günther Schmidt, IGM*, Hamburg; Thomas Schönberger, GAL-Hamburg*; Werner Schröder, Geschäftsführender Vorstand VVN-BdA Hamburg*; Peter Schütt, Schriftsteller, Hamburg; Peter Schwanewilms, GAL-Landesvorstand*, Hamburg; H. Sowa, Hamburg; Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SPAD); SPD Ortsverein Bremen-Mahndorf; Janko Stankovic, IGM*, Hamburg; Günther Steffens, DAG*, Hamburg; Andreas Steiner, Halle; Petra Stengert, Gewerkschaftsangelstete, GdED*, Neumünster; Mauro Tassetto, Anarchico*, Italien; Rainer Trampert, Hamburg; Türkische Sozial Demokraten in Hamburg; Lutee Tyroller, Hamburg; Unabhängige Homosexuelle Alternative e.V. (UHA), Hamburg; José M. G. Ventura, Hamburg; Verein der Demokraten aus der Türkei und Umgebung, Hamburg; Verein der Menschenrechte in der Türkei, Ankara; Felix Walder, Schweiz; Kornelia Wehlau, PDS-Kreisvorstand*, Luckenwalde; Angelo Wehrli, Wirtschaftsreferent der GAL-Fraktion*, Hamburg; Vera Weißfuß, PDS*, Leipzig; Siegfried Wied, IGM*, BR Sauer-Sundstrand*, Neumünster; Jean Wolff, KPF*, Freundschaftsgesellschaft Frankreich-DDR*; Ulrich Wunderlich, PDS*, DSF*, Trebbin; Eberhard Zamory, VVN*, Hamburg.

Berlin: Alternative Liste (AL); Alternative Liste, Bereich ImmigrantInnen und Flüchtlinge; Andenbuch; Werner T. Angress, emeritierter amerikanischer Professor; ANTI-REPRESSIONS-GRUPPE des Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus; Antifaschistisches Aktionsbündnis Moabit; Anti Fasist Genclik (Antifaschistische Jugend); Aouni, Dozent an der FU Berlin; AusländerInnenreferat des AstA TU-Berlin; Autonome Antifa-Gruppe Ost-Berlin; Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V.; Dr. Peter Brandt, ÖTV*, SB*, Privatdozent für Geschichte und freier Publizist; André Brie, stellvertretender Vorsitzender der PDS*; Buchladen Prinz Eisenherz; Buchladen am Savignyplatz; Cinti-Union Berlin; Demokratik İnci Birliği (Demokratischer Arbeiterbund); Sa'Id Dudin, Journalist; Egit, Demokrat* (kurdische Zeitschrift); Martin Germer; Gewerkschaft Wissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin; GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus; Gruppe IV. Internationale; Necati Gürbaca, IGM-Gewerkschaftssekretär*; Joachim Habeck; Stephan Hermlin; Rita Hill; Ellis Huber, Präsident der Ärztekammer Berlin*; Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V. (IB-KA); Horst Jäckel; Inge Kampelmüller; Kirche von Unten; Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten); İsmail Kozan, AL-Ausländerbereich*; Jürgen Kuczynski; Kurdischer Arbeiterverein (KOMKAR); Helmut Kusch, SEW*; Gerhard Leo, Mitglied des Präsidiums des Komitees der Widerstandskämpfer der DDR*; Uwe Leuschner, Zentralrat der FDJ*; Irmgard Liebelt; Tekta-Mamed Med; Moses Yartey Mensah; Gabriela Meyers; Moabit Times, Stadtzeitung; Heiner Müller; Peter Müller; Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen; Claudius Naumann, ÖTV*; Joachim Otto; Mehmet Özkan, IGM*, BR*; Pan Am (ÖTV) Vertrauensleute; Partiya Rizgariya Kurdistan Berlin; Käthe Reichel, SchauspielerIn am Deutschen Theater; Alexandra Rossberg, Hilfsstelle für ehemals russisch verfolgte*; Hilde Rubinstein, P.E.N.-Club*; Heinz Schröder, 1. Vorsitzender der VVN/Verband der Antifaschisten*; Herbert Schröder; Schwarze Rose; Sozialistische Initiative Reinickendorf; Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Kreisverband Tempelhof; Sozialistischer Schülerbund Berlin; Martin Stuber; Thomas Teo; Martina Thiel; TKP/M-L (Hareketi); Dr. Gerburg Treusch-Dieter, Dozentin; Annette Tschernig, PDS*; Türkenzentrum; Verein iranischer Flüchtlinge e.V.; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/VdA); Holger Wendt, SSB*, Falken*, Jusos*, AG Antifa des AstA*; Winfried Matthias; Benito Wogatzki, Vorstandsmitglied des Schriftstellerverbandes der DDR*; Brigitte Ziegler, Betriebsräte- und Vertrauensleutekörperleitung*.

* Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

SPARTAKIST

Demonstriert am 24. Mai! Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit!

Am 24. Mai 1991 wird im Amtsgericht Tiergarten ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten stattfinden, weil sie sich am 14. Januar 1989 gegen einen bewaffneten Überfall der Republikaner auf ein von Immigranten und Linken besuchtes Restaurant in Moabit verteidigt haben. Vorher hatte die Troztkistische Liga Deutschlands (Vorläuferorganisation der SpAD) eine Veranstaltung abgehalten und ein Video gezeigt über die erfolgreiche Massenmobilisierung von Arbeitern/Schwarzen und anderen Minderheiten in Philadelphia/USA im November 1988, die die Provokationen des Ku Klux Klan und von Nazi-Skinheads stoppte. Grundlage der Anklagen gegen die Spartakist-Kandidatin bei der Bundestagswahl Renate Dahlhaus und Michael Philippsen sind die Aussagen des berüchtigten Landesvorsitzenden der Republikaner, Carsten Pagel, der auch den Überfall anführte. Anfänglich wurde gegen acht Opfer des Überfalls ermittelt. Dank der Unterstützung durch über 200 Organisationen, Gewerkschaftern und Persönlichkeiten (siehe Seite 23) wurde das Verfahren gegen sechs Antifaschisten eingestellt. Der Angriff geschah inmitten des rassistischen „Wahlkampfes“ der Republikaner, der gekennzeichnet war durch Einschüchterung, Provokationen und unverhüllte Gewalt: Auf den „Todeslied-Wahlspot“ folgte der rassistische Mord an dem türkischen IG-Metall-Mitglied Ufuk Şahin. Man muß das Recht haben, sich gegen faschistischen Terror zu verteidigen! Fordert: Weg mit den Anklagen gegen die Antifaschisten von Moabit! Weg mit allen Anklagen gegen Antifaschisten! Freispruch für Ayhan Öztürk! Stoppt den rassistischen Terror gegen Juden, Roma und Cinti, Polen und Sowjets! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Berliner Morgenpost
17. März 1991

Republikaner planen Aufbau eines „rechten Umfeldes“

Statt Endzeitstimmung prägte trotziges Nach-vorne-Schauen den Landesparteitag der Republikaner. Die Partei stärkt und die „bürgerliche Betulichkeit“ abgelegt werden. So müsse nach Pagels Meinung die Partei dafür sorgen, dass sie ein „rechten Umfeld“ um sich gruppieren kann.

Tagungszentrum
25. Oktober 1990

Reps gegen Juden

Eklat im Einigungsausschuß / Pagel spielte ethnisch, religiös und rassistisch Verfolgte gegeneinander aus.

Berlin. Zu einem Eklat kam es bei der gestrigen Sitzung der Einigungsausschüsse beider Stadtmandate, sondern darum, die Deutschen am

Spartakist
April/Mai 1991

SPARTAKIST

Stoppt die Republikaner! Zerschlagt die Nazi-Gefahr!

Massenmobilisierung von Arbeitern/Immigranten!

Mehrere tausend Teilnehmer bei der Demonstration am 24. Mai 1991 in Moabit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich gegen den Überfall auf das Restaurant in Moabit am 14. Januar 1989 ausgesprochen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich gegen den Überfall auf das Restaurant in Moabit am 14. Januar 1989 ausgesprochen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich gegen den Überfall auf das Restaurant in Moabit am 14. Januar 1989 ausgesprochen.

Kommt zahlreich!
Kundgebung am Freitag, 24. Mai, 10.30 Uhr
Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91
Solidaritätsveranstaltung:
Donnerstag, 16. Mai, 19.00 Uhr
Linkstreff, Weddingstr. 6 (U-Bahn Nauener Platz)